

AMTLICHE PUBLIKATIONEN

Inkrafttreten

Das dem fakultativen Referendum unterstehende Gesetz über den Justizvollzug im Kanton Graubünden vom 27. August 2009 wurde am 10. September 2009 im Kantonsamtsblatt Nr. 36 auf den Seiten 3401 f. im Wortlaut publiziert.

Die Referendumsfrist ist am 9. Dezember 2009 unbenutzt abgelaufen. Die Regierung hat daher am 22. Dezember 2009 beschlossen, das Gesetz über den Justizvollzug im Kanton Graubünden vom 27. August 2009 auf den 1. Januar 2010 in Kraft zu setzen.

Namens der Regierung

Der Regierungspräsident: *Hansjörg Trachsel*

Der Kanzleidirektor: *Claudio Riesen*

Chur, 24. Dezember 2009

Entrada en vigor

Il text da la lescha davart l'execuziun giudiziala en il chantun Grischun dals 27 d'avust 2009 è vegnì publitgà ils 10 da settember 2009 en il fegl uffizial dal chantun nr. 36 sin las paginas 3418 ss. Questa lescha suttasteva al referendum facultativ.

Il termin da referendum è scadì ils 9 da december 2009; entaifer quest termin n'èn vegnids inoltrads nagins referendums. Perquai ha la regenza concludì ils 22 da december 2009 da metter en vigor la lescha davart l'execuziun giudiziala en il chantun Grischun dals 27 d'avust 2009, e quai per il 1. da schaner 2010.

En num da la regenza

Il president: *Hansjörg Trachsel*

Il chancelier: *Claudio Riesen*

Cuira, ils 24 da december 2009

Entrata in vigore

Il testo della legge sull'esecuzione giudiziaria nel Cantone dei Grigioni del 27 agosto 2009, soggetta a referendum facoltativo, è stato pubblicato il 10 settembre 2009 a pagina 3436 segg. del Foglio ufficiale cantonale n. 36.

Il termine di referendum è scaduto inutilizzato il 9 dicembre 2009. Il 22 dicembre 2009 il Governo ha dunque deciso di porre in vigore la legge sull'esecuzione giudiziaria nel Cantone dei Grigioni del 27 agosto 2009 con effetto al 1° gennaio 2010.

In nome del Governo

Il Presidente del Governo: *Hansjörg Trachsel*

Il Cancelliere: *Claudio Riesen*

Coira, 24 dicembre 2009

Fakultatives Referendum

Ablauf der Referendumsfrist: 9. Dezember 2009

Gesetz über den Justizvollzug im Kanton Graubünden (Justizvollzugsgesetz; JVG)

vom 27. August 2009

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 26. Mai 2009,

beschliesst:

I. Allgemeines

Art. 1

¹ Dieses Gesetz regelt den Vollzug strafrechtlicher Sanktionen sowie die Bewährungshilfe und die soziale Betreuung. Sofern keine besonderen Bestimmungen bestehen, ist das Gesetz ferner auf die in Artikel 13 erwähnten Formen des Freiheitsentzugs anwendbar. Geltungsbereich

² Die von der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission beschlossenen und als verbindlich erklärten Richtlinien gelten in Ergänzung zum vorliegenden Gesetz als unmittelbar anwendbar.

Art. 2

¹ Ziel des Vollzugs strafrechtlicher Sanktionen ist die Vermeidung von Rückfällen. Die Verurteilten werden soweit als möglich darin gefördert, ihre Fähigkeit zur Führung eines straffreien Lebens zu verbessern. Vollzugsziel

² Der Vollzug freiheitsentziehender Sanktionen ist auf die schrittweise Rückkehr in die Lebensumstände in Freiheit ausgerichtet. Die verurteilte Person hat aktiv daran mitzuwirken, das Vollzugsziel zu erreichen.

³ Massnahmen zum Schutz der Allgemeinheit, des Personals und der Mitgefangenen bleiben vorbehalten.

Art. 3

Verordnung

Die Regierung regelt das Nähere insbesondere über:

- a) die Verfahren zur Vorbereitung, Durchführung und Beendigung der gemeinnützigen Arbeit, der Freiheitsstrafen und Massnahmen sowie des vorzeitigen Straf- und Massnahmenantritts;
- b) den Vollzug freiheitsentziehender Sanktionen in staatlichen Einrichtungen, insbesondere die Rechte und Pflichten der Verurteilten im Anstaltsalltag sowie die Sicherungs- und Disziplinar massnahmen;
- c) die Durchführung der Bewährungshilfe, der Weisungskontrolle und der freiwilligen sozialen Betreuung;
- d) die Untersuchungs- und Sicherheitshaft und den Polizeigewahrsam;
- e) die weisungsgebundene Mitarbeit des zuständigen Amtes im Jugendstrafverfahren;
- f) die Einzelheiten der Verpflichtung der verurteilten Person zur teilweisen Kostenübernahme gemäss Artikel 380 StGB.

II. Straf- und Massnahmenvollzug

1. VOLLZUG DER URTEILE

Art. 4

Gemeinnützige
Arbeit, Freiheits-
strafen und
Massnahmen

¹ Wo das Strafgesetzbuch die Zuständigkeit zur Anordnung von Vollzugshandlungen einem Gericht überträgt, ist dafür das Gericht zuständig, welches das erstinstanzliche Urteil gefällt hat.

² Die Regierung bezeichnet die für den Vollzug von gemeinnütziger Arbeit, Freiheitsstrafen und Massnahmen zuständigen Amtsstellen, soweit das Strafgesetzbuch, das Jugendstrafgesetz oder andere Erlasse nicht etwas anderes bestimmen.

Art. 5

Geldstrafen und
Bussen

¹ Geldstrafen und Bussen fallen, unter Vorbehalt besonderer Zweckbestimmungen, in die Kasse der in erster Instanz zuständigen Gerichtsbehörden oder Verwaltungsinstanzen, denen auch der Einzug obliegt.

² Ist an die Stelle einer Geldstrafe oder Busse die Ersatzfreiheitsstrafe oder die gemeinnützige Arbeit getreten, fällt die Geldstrafe oder Busse bei nachträglicher Bezahlung dem Amt für Justizvollzug zu.

³ Die Umwandlung von Bussen, welche von einer Verwaltungsinstanz ausgesprochen wurden, in gemeinnützige Arbeit oder eine Ersatzfreiheitsstrafe verfügt auf Antrag der Vollzugsbehörde die zuständige richterliche oder kantonale Behörde.

Art. 6

Hat das Gericht keinen anderen Entscheid getroffen, bestimmt die Staatsanwaltschaft, was mit gerichtlich eingezogenen Gegenständen zu geschehen hat. Der Erlös aus einer Verwertung fällt dem Kanton zu.

Verfügung über eingezogene und verfallene Gegenstände

2. VOLLZUGSKOSTEN

Art. 7

¹ Die Kosten des Vollzugs der Freiheitsstrafen und der stationären strafrechtlichen Massnahmen gehen zu Lasten des Kantons, soweit nicht die Betroffenen oder Dritte für die Bezahlung aufkommen.

Kostentragung

² Verurteilte in günstigen finanziellen Verhältnissen können durch das urteilende Gericht oder durch die Vollzugsbehörde zu Beiträgen an die Vollzugskosten verpflichtet werden.

Art. 8

¹ Der verurteilten Person zustehende Versicherungsleistungen für Behandlungen sowie Sozialversicherungsleistungen werden zur Kostendeckung verwendet.

Kostenbeteiligung

² Die verurteilte Person:

- a) bezahlt persönliche Anschaffungen, insbesondere Raucherwaren, Genussmittel, Toilettenartikel und Zeitungsabonnemente, Urlaubskosten sowie Gebühren für die Benützung von Radio-, Fernseh- und Telefonanlagen;
- b) hat sich an den Kosten der Halbgefangenschaft, des Arbeitsexternats sowie des Wohn- und Arbeitsexternats angemessen zu beteiligen;
- c) trägt die Kosten für Sozial- und Krankenversicherungsbeiträge sowie Franchisen und Selbstbehalte;
- d) trägt die Kosten für besondere Weiterbildungsmassnahmen und Heimschaffung, soweit es ihr möglich und zumutbar ist;
- e) trägt die Kosten von gerichtlich oder behördlich angeordneten ambulanten Behandlungen, sofern nicht Dritte oder die Gemeinde, in der die betroffene Person ihren letzten Wohnsitz oder Aufenthalt hatte, dafür aufkommen.

3. BESONDERE VOLLZUGSFORMEN

Art. 9

Besondere Vollzugsformen können im Rahmen der vom Bund erteilten Bewilligungen durchgeführt werden.

Besondere Vollzugsformen

4. VOLLZUG JUGENDSTRAFRECHTLICHER SANKTIONEN

Art. 10

Jugendliche

¹ Für den Vollzug von Strafen und Schutzmassnahmen gegenüber Jugendlichen im Sinne von Artikel 41 Absatz 1 JStPO ist die Jugendanwaltschaft zuständig.

² Das Amt für Justizvollzug vollzieht im Auftrag der Jugendanwaltschaft alle Schutzmassnahmen und Strafen gegenüber Jugendlichen.

³ Für die Mitwirkung beim Vollzug von Strafen und Schutzmassnahmen kann die Jugendanwaltschaft auch die Sozialdienste des Kantons oder der Gemeinden beiziehen.

⁴ Die Bussen fallen in die Staatskasse. Der Vollzug der Bussen und der Einzug der auferlegten Kosten obliegen dem Kanton.

Art. 11

Allgemeine
Bestimmungen

Im Übrigen finden Artikel 43 JStG und die Bestimmungen dieses Gesetzes über den Straf- und Massnahmenvollzug sinngemäss Anwendung.

III. Vollzugseinrichtungen

Art. 12

Institutionen des
Straf- und
Massnahmen-
vollzugs

¹ Der Kanton unterhält die für den Vollzug von Freiheitsstrafen und Massnahmen notwendigen Institutionen. Der Grosse Rat sorgt in eigener Kompetenz für den Bau und Unterhalt dieser Anstalten nach den Vorschriften des Strafgesetzbuches und der interkantonalen Vereinbarungen.

² Die Regierung trifft mit anderen Kantonen die im Rahmen der interkantonalen Anstaltsplanung erforderlichen Vereinbarungen über die Mitbenützung der eigenen Anstalten und den Vollzug eigener Urteile in ausserkantonalen Anstalten.

Art. 13

Justizvollzugs-
anstalten und
andere
Institutionen

Die kantonalen Justizvollzugsanstalten sowie die anderen Institutionen dienen dem Vollzug:

- a) von Freiheitsstrafen und freiheitsentziehenden Massnahmen;
- b) der Untersuchungs-, der Sicherheits- und der Auslieferungshaft;
- c) von Freiheitsstrafen in Form der Halbgefangenschaft und des tagesweisen Vollzugs;
- d) von Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht;
- e) von Schutzmassnahmen und Strafen gegenüber Jugendlichen;
- f) von Strafen und Massnahmen, die aus Sicherheits-, Disziplinar- oder Platzgründen vorübergehend nicht anderswo vollzogen werden können;

- g) der Haft von Personen auf Transport;
- h) von polizeilichem Gewahrsam;
- i) von fürsorglicher Freiheitsentziehung.

IV. Vollzug von strafrechtlichen Sanktionen

1. ALLGEMEINES

Art. 14

¹ Eingewiesene haben Anspruch auf Achtung ihrer Persönlichkeit und ihrer Menschenwürde. Rechte
Eingewiesener

² Ihre verfassungsmässigen und gesetzlichen Rechte dürfen nur so weit beschränkt werden, als es der Entzug der Freiheit und das Zusammenleben in der Vollzugseinrichtung erfordern.

³ Die Eingewiesenen unterliegen den in diesem Gesetz und den Ausführungserlassen vorgesehenen Beschränkungen ihrer Freiheit. Zur Aufrechterhaltung der Sicherheit oder zur Abwendung von Störungen des Anstaltsbetriebes kann die Direktion der Vollzugseinrichtung weitere Beschränkungen oder Massnahmen anordnen.

Art. 15

¹ Neueingewiesene müssen sich zur Abklärung allfälliger Beeinträchtigungen ihres Gesundheitszustandes einer körperlichen Untersuchung durch medizinisches Fachpersonal unterziehen. Pflichten
Eingewiesener

² Eingewiesene sind verpflichtet, sich einer psychiatrischen Begutachtung zu unterziehen, wenn die Einweisungs- und Vollzugsbehörde dies für die Vollzugsplanung als notwendig erachtet.

³ Eingewiesene haben die Vollzugsvorschriften einzuhalten und den Anordnungen der Direktion und des Personals der Vollzugseinrichtung sowie der zuständigen Einweisungs- und Vollzugsbehörde Folge zu leisten. Sie unterlassen alles, was die geordnete Durchführung des Vollzugs, die Verwirklichung der Vollzugsziele und die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung gefährdet.

2. AUFNAHME, VERSETZUNG UND UNTERBRECHUNG

Art. 16

Es besteht kein Anspruch auf Einweisung in eine bestimmte Anstalt. Grundsatz

Art. 17

Hafterstehungs-
fähigkeit

¹ Bei Hafterstehungsunfähigkeit wird der Vollzug aufgeschoben.

² Über die Hafterstehungsfähigkeit entscheidet die Vollzugsbehörde. Die Hafterstehungsunfähigkeit kann nur durch ein Arztzeugnis attestiert werden. Fehlt ein solches beziehungsweise bestehen Zweifel über die Hafterstehungsfähigkeit, wird diese von der Anstaltsärztin oder vom Anstaltsarzt oder von der Anstaltspsychiaterin oder vom Anstaltspsychiater überprüft.

³ Die Vollzugsbehörde kann in jedem Fall eine besondere Untersuchung anordnen. Die gleiche Befugnis hat die Staatsanwaltschaft in Bezug auf die Untersuchungshäftlinge.

⁴ Die Anordnung vorsorglicher Massnahmen, welche die öffentliche Sicherheit erfordert, obliegt der Vollzugsbehörde. Im Bedarfsfall orientiert diese die zuständige Vormundschaftsbehörde. Beide treffen in gegenseitiger Absprache die notwendigen Massnahmen.

Art. 18

Versetzung

¹ Die Vollzugsbehörde kann Eingewiesene zur Fortsetzung des Vollzugs in eine andere Vollzugseinrichtung versetzen, wenn

- a) ihr Zustand, ihr Verhalten oder die Sicherheit dies notwendig machen;
- b) ihre Behandlung dies erfordert;
- c) ihre Eingliederung dadurch eher erreicht wird;
- d) Belegungsprobleme bestehen.

² Die Versetzung in eine psychiatrische Klinik oder in ein Spital kann auch auf ärztliche Verfügung hin erfolgen. Für dringende Fälle wird die Direktion der Vollzugseinrichtung dazu ermächtigt. Die Vollzugsbehörde wird von der Versetzung unverzüglich in Kenntnis gesetzt.

Art. 19

Strafunterbruch

Die Bewilligung des Strafunterbruchs gemäss Artikel 92 StGB kann mit Auflagen über Verhalten, Beschäftigung, Aufenthaltsort, Meldepflicht sowie mit der Anordnung einer Beaufsichtigung oder Betreuung verbunden werden.

Art. 20

Sichernde Mass-
nahmen

¹ Muss eine stationäre Massnahme aufgehoben oder geändert werden, wird die eingewiesene Person in einer geeigneten Vollzugseinrichtung untergebracht, bis das Gericht entschieden hat, ob und wieweit die aufgeschobene Strafe noch vollstreckt oder eine andere Massnahme angeordnet werden soll.

² In den Fällen von Artikel 95 Absatz 5 StGB ordnet die Vollzugsbehörde Sicherheitshaft an, wenn ernsthaft zu erwarten ist, dass die entlassene Person neue Straftaten gegen Leib und Leben begeht. Über die Fortdauer der

Sicherheitshaft entscheidet die Haftrichterin oder der Haftrichter innert 48 Stunden nach der Anordnung.

3. SICHERHEIT UND ORDNUNG

Art. 21

¹ Die eingewiesene Person ist für ein geordnetes Zusammenleben in der Anstalt mitverantwortlich. Grundsatz

² Die Einzelheiten werden in der Hausordnung und in den dazugehörigen Weisungen geregelt.

Art. 22

¹ Zur Sicherung des Vollzugs sind insbesondere als erkennungsdienstliche Massnahmen zulässig: Erkennungs-
dienstliche
Massnahmen

- a) die Erstellung von Fotografien;
- b) die Durchführung von Messungen und die Feststellung körperlicher Merkmale;
- c) die Abnahme von Fingerabdrücken;
- d) die Abnahme einer Speichelprobe oder eines Wangenschleimhautabstrichs.

² Vorbehalten bleiben die Bestimmungen des DNA-Profil-Gesetzes.

Art. 23

¹ Die Direktion der Vollzugseinrichtung kann Eingewiesene, ihre persönlichen Effekten und ihre Unterkunft durchsuchen lassen, Urinproben, Atemluftkontrollen, Blutproben, Haarproben oder die äusserliche Kontrolle von Körperöffnungen anordnen (oberflächliche Leibesvisitation). Kontrollen,
Durchsuchungen

² Eingewiesene, die verdächtigt werden, in oder an ihrem Körper oder in Körperöffnungen unerlaubte Gegenstände zu verbergen, können körperlich untersucht werden (intime Leibesvisitation).

³ Oberflächliche Leibesvisitationen sind durch Personen des gleichen Geschlechts vorzunehmen.

⁴ Intime Leibesvisitationen sind einer Ärztin oder einem Arzt zu übertragen.

Art. 24

¹ Die Direktion der Vollzugseinrichtung kann gegen eine eingewiesene Person besondere Sicherungsmassnahmen anordnen, wenn nach ihrem Verhalten oder aufgrund ihres psychischen Zustandes in erhöhtem Masse Fluchtgefahr, Eigen- oder Fremdgefährdung oder die Gefahr von Sachbeschädigung besteht. Besondere
Sicherungs-
massnahmen

² Als besondere Sicherungsmassnahmen sind zulässig:

- a) Entziehen oder Vorenthalten von Gegenständen;
- b) Beobachten bei Tag und/oder Nacht;
- c) Absondern von anderen Mitinhaftierten;
- d) Entziehen oder Beschränken des Aufenthaltes im Freien;
- e) Unterbringen in einem besonders gesicherten Raum ohne gefährdende Gegenstände;
- f) Fesseln.

³ Massnahmen nach Absatz 1 Litera a, c und e sind auch zulässig, wenn die Gefahr der Befreiung oder eine erhebliche Störung der Ordnung in der Vollzugseinrichtung nicht anders vermieden werden kann.

⁴ Beim Ausführen, Vorführen oder beim Transportieren ist eine Fesselung auf Anordnung der Direktion der Vollzugseinrichtung auch dann zulässig, wenn aus anderen Gründen als denen des Absatzes 1 in erhöhtem Masse Fluchtgefahr besteht.

⁵ Besondere Sicherungsmassnahmen dürfen nur soweit und solange aufrechterhalten werden, als ihr Zweck es erfordert.

Art. 25

Festnahmen

Ist eine eingewiesene Person entwichen oder hält sie sich sonst ohne Erlaubnis ausserhalb der Vollzugseinrichtung auf, wird ihre Festnahme und Zuführung unverzüglich angeordnet. Die Einweisungsbehörde ist darüber zu informieren. Das Personal der Vollzugseinrichtung kann sie selber festnehmen und in die Anstalt zurückbringen.

4. UNMITTELBARER ZWANG

Art. 26

Grundsatz

¹ Die Anwendung unmittelbaren Zwangs ist möglich gegen Eingewiesene, die sich renitent oder gewalttätig verhalten, zur Verhinderung ihrer Flucht oder zu ihrer Wiederergreifung.

² Gegen andere Personen, die sich widerrechtlich auf dem Areal der Vollzugseinrichtung aufhalten, einzudringen oder eingewiesene Personen zu befreien versuchen, ist die Anwendung unmittelbaren Zwangs zulässig, sofern der damit verfolgte Zweck auf keine andere Weise erreicht werden kann.

Art. 27

Zwangsernährung

¹ Im Fall eines Hungerstreiks kann die Direktorin oder der Direktor der Vollzugseinrichtung eine unter ärztlicher Leitung und Beteiligung durchzuführende Zwangsernährung anordnen, sofern Lebensgefahr oder eine schwerwiegende Gefahr für die betroffene Person bestehen.

² Solange von einer freien Willensbestimmung der betroffenen Person ausgegangen werden kann, erfolgt von Seiten der Vollzugseinrichtung keine Intervention.

Art. 28

¹ Die nachfolgenden Bestimmungen über die Zwangsmedikation gelten für Personen, die in eine bündnerische Vollzugseinrichtung eingewiesen worden sind, wenn

Zwangs-
medikation
1. Geltungs-
bereich,
Grundsatz

- a) eine strafrechtliche Sanktion, insbesondere eine richterlich angeordnete Massnahme zu vollziehen ist und
- b) sie mit dem konkreten Zweck der Sanktion vereinbar sind.

² Eine Zwangsmedikation im Sinne dieses Gesetzes ist eine Massnahme, die ohne Zustimmung der betroffenen Person durchgeführt wird mit dem Ziel, deren Gesundheitszustand zu erhalten, zu verbessern oder Dritte zu schützen.

³ Die allgemeinen Rechte und Pflichten eingewiesener Personen gelten auch bei Anordnungen von Zwangsmedikationen, soweit nachfolgend nichts Abweichendes bestimmt ist.

Art. 29

Zwangsmedikationen sind nur zulässig, wenn freiwillige Massnahmen versagt haben oder nicht zur Verfügung stehen und

2. Voraus-
setzungen

- a) das Verhalten der betroffenen Person ihre eigene Sicherheit oder Gesundheit schwerwiegend gefährdet oder;
- b) eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben Dritter abgewendet werden soll oder;
- c) eine schwerwiegende Störung des Zusammenlebens im Falle massiver sozialer Auffälligkeit oder bei erheblich destruktivem Potenzial der betroffenen Person zu beseitigen ist.

Art. 30

¹ Über die Anordnung, Durchführung und Beendigung einer Zwangsmedikation entscheidet ausschliesslich die Direktorin oder der Direktor nach Anhörung der zuständigen Ärztin oder des zuständigen Arztes der Vollzugseinrichtung.

3. Allgemeine
Bestimmungen

² Es sind alle Vorkehrungen zu treffen, damit Zwangsmedikationen vermieden werden können. Den betroffenen Personen ist so weit Entscheidungsfreiheit zu belassen, als es mit ihrer eigenen und der öffentlichen Sicherheit vereinbar ist.

³ Es ist die jeweils mildeste Zwangsmassnahme zu wählen. Sie darf nur so lange andauern, als die sie rechtfertigenden Voraussetzungen gegeben sind.

Art. 31

4. Aufklärung

¹ Vor einem Entscheid für eine Zwangsmedikation ist die betroffene Person über die angeordnete Massnahme und das Beschwerderecht aufzuklären, soweit keine Gefahr im Verzug liegt. Auf Wunsch der betroffenen Person sind die Angehörigen oder eine bezeichnete nahe stehende Person unverzüglich und in geeigneter Form zu informieren.

² Der Entscheid ist auch bei vorgängig erfolgter mündlicher Eröffnung nachträglich umgehend schriftlich mit Begründung und Rechtsmittelbelehrung zu eröffnen.

³ Die Vollzugseinrichtung hat die Einweisungsbehörde sowie die Kantonsärztin oder den Kantonsarzt umgehend über die Anordnung einer Zwangsmedikation zu informieren.

Art. 32

5. Beschwerde

Die von der Zwangsmedikation betroffene Person, die Angehörigen oder die nahe stehende Person können gegen die Anordnung der Zwangsmedikation innert zehn Tagen seit der schriftlichen Eröffnung beim zuständigen Amt schriftlich Beschwerde einreichen.

5. GESUNDHEIT UND BETREUUNG

Art. 33

Medikamente und Genussmittel

¹ Der Konsum und der Besitz von Alkohol, nicht verordneten Medikamenten sowie Betäubungsmitteln oder ähnlich wirkenden Stoffen und deren Handel sind verboten.

² Die Vollzugseinrichtung veranlasst die notwendigen Kontrollen (wie Urin-, Blut-, Speichel-, Haar-, Wangenschleimhautabstrichproben, Alkoholblastests). Bei positivem Testergebnis gehen die Kosten zu Lasten der eingewiesenen Person.

Art. 34

Behandlungskosten

¹ Soweit die Kosten für ärztliche Behandlung nicht durch das Kostgeld, die Krankenkassen oder Versicherungen gedeckt werden, gehen diese zu Lasten des einweisenden Kantons.

² Spitalaufenthalts- oder Behandlungskosten für Krankheiten oder Unfälle, die bereits vor dem Eintritt in die Vollzugseinrichtung bestanden respektive erlitten wurden, hat die eingewiesene Person oder der einweisende Kanton zu tragen. Das Gleiche gilt, ausser in Notfällen, für vorsätzlich verursachte Verletzungen oder Krankheiten in der Vollzugseinrichtung.

³ Vor jeder aufschiebbaren Behandlung ist mit der einweisenden Stelle der Kostenträger zu ermitteln. Ist die Kostendeckung nicht gesichert, hat die eingewiesene Person ein Depot zu leisten.

⁴ Die Kosten für die Behandlung von Verletzungen oder Krankheiten, welche sich die eingewiesene Person bei unerlaubtem Aufenthalt ausserhalb der Vollzugseinrichtung zuzieht, hat sie selber zu tragen.

6. KONTAKTE IN DEN VOLLZUGSEINRICHTUNGEN UND VERKEHR MIT DER AUSSENWELT

Art. 35

Soweit nicht aus disziplinarischen oder anderen Gründen besondere Weisungen erteilt werden, wird der mündliche und der schriftliche Kontakt zwischen den Eingewiesenen nicht beschränkt. Kontakt unter den Eingewiesenen

Art. 36

Bei Anzeichen von Missbrauch oder tatsächlichem Missbrauch können auch der Postverkehr, Telefongespräche oder Besuche von Rechtsanwältinnen oder Rechtsanwälten, Seelsorgerinnen oder Seelsorgern und Ärztinnen oder Ärzten eingeschränkt oder überwacht werden. Verkehr mit der Aussenwelt

7. DISZIPLINARWESEN

Art. 37

¹ Verstösse gegen dieses Gesetz, die Justizvollzugsverordnung, die Hausordnung und andere Regelungen der Vollzugseinrichtungen sowie Verstösse gegen den Vollzugsplan werden als Disziplinarvergehen geahndet. Disziplinarvergehen

² In leichten Fällen kann von Disziplinar-massnahmen abgesehen werden, wenn das Disziplinarvergehen auf andere Weise erledigt werden kann.

³ Als schwere Disziplinarvergehen gelten:

- a) Tötlichkeiten, Drohung oder schweres ungebührliches Verhalten gegen das Personal, Mitgefangene oder Drittpersonen;
- b) Ausbruch, Flucht, Fluchtversuch und Fluchthilfe;
- c) Arbeitsverweigerung und Aufwiegelung dazu sowie Nichtrückkehr von einer externen Beschäftigung, vom Ausgang oder Urlaub;
- d) Rückkehr von einer externen Beschäftigung, vom Ausgang oder vom Urlaub in alkoholisiertem Zustand oder unter Drogeneinfluss;
- e) vorsätzliche Sachbeschädigung grösseren Ausmasses;
- f) Einführen, Herstellung, Besitz und Weitergabe von Waffen sowie von waffenähnlichen oder zur Verwendung als gefährliche Waffen tauglichen Gegenständen;
- g) Einführen, Besitz, Herstellung und Konsum von oder Handel mit Drogen und Alkohol;
- h) Ein- und Ausführen sowie Weitergabe von Gegenständen, Schriftstücken und Bargeld unter Umgehung der Kontrolle;
- i) unerlaubte Kontakte zu Personen ausserhalb der Vollzugseinrichtung;

- j) schwere Störungen von Ordnung und Sicherheit;
- k) nur auf Antrag verfolgbare Delikte, soweit auf Strafantrag verzichtet wird.

Art. 38

Disziplinar-
massnahmen

¹ Folgende Disziplinar-massnahmen sind zulässig:

- a) Verweis;
- b) Einschränkung oder Entzug der Verfügung über Geldmittel bis zu drei Monaten;
- c) Ausschluss von der Teilnahme an Gemeinschafts- und Freizeitaktivitäten, Veranstaltungen und Kursen bis zu drei Monaten, im Wiederholungsfall bis zu sechs Monaten;
- d) Einschränkung oder Entzug schriftlicher oder elektronischer Medien sowie des Besitzes von Ton- und Bildwiedergabegeräten bis zu zwei Monaten, im Wiederholungsfall bis zu sechs Monaten;
- e) Einschränkung oder Entzug des Besuchs- und Korrespondenzrechts bis zu drei Monaten;
- f) Ausgangs- und Urlaubssperre bis zu sechs Monaten;
- g) Busse bis zu 200 Franken;
- h) Zellen- oder Zimmereinschluss bis zu 14 Tagen;
- i) Arrest bis zu 20 Tagen.

² Mehrere Disziplinar-massnahmen können miteinander verbunden werden. Die gleichzeitige Anordnung von Arrest und Busse sowie Zellen- oder Zimmereinschluss und Arrest ist unzulässig.

³ Einschränkungen oder Entzug der Aussenkontakte und des Besuchsrechts sowie Ausgangs- und Urlaubssperre dürfen nur angeordnet werden, wenn das Disziplinar-vergehen mit der Ausübung dieser Rechte zusammenhängt. Vorbehalt bleibt in jedem Fall der Verkehr mit Behörden, Rechtsvertreterinnen und Rechtsvertretern sowie Seelsorgerinnen und Seelsorgern.

⁴ Arrest ist nur bei schweren oder wiederholten Disziplinar-vergehen zulässig.

Art. 39

Sicherstellung
und Beschlagnahme

¹ Gegenstände, die bei der Begehung von Disziplinar-verstössen verwendet wurden, werden sichergestellt. Sie werden zu den Effekten gelegt, wenn das Eigentum festgestellt werden kann.

² Ist dies nicht möglich oder eignen sich die Gegenstände nur zu einem rechtswidrigen Gebrauch, werden sie zu Gunsten eines Fonds zur Unterstützung von Inhaftierten oder Entlassenen verwertet oder vernichtet, wenn eine Verwertung nicht möglich ist.

Art. 40

¹ Beim offenen Vollzug, der Halbgefangenschaft und beim Arbeitsexternat können die Disziplinar massnahmen gemäss Artikel 38 Litera c, d und e für längstens einen Monat verhängt werden.

Einschränkungen
für besondere
Haftarten

² Bei der Halbgefangenschaft und dem Arbeitsexternat kann eine Ausgangs- oder Urlaubssperre für längstens einen Monat verhängt werden.

³ Für die ausländerrechtliche Administrativhaft gelten die entsprechenden Bestimmungen der kantonalen Einführungsgesetzgebung.

Art. 41

Bei schweren oder wiederholten Disziplinarvergehen kann mit dem Disziplinarentscheid eine vorsorgliche Versetzung bis zum Entscheid der einweisenden Behörde angeordnet werden, und zwar:

Vorsorgliche
Versetzung

- a) vom offenen Vollzug in den geschlossenen Vollzug;
- b) von der Halbgefangenschaft oder dem Arbeitsexternat in den offenen oder geschlossenen Vollzug;
- c) vom Wohnexternat ins Arbeitsexternat oder in den offenen oder geschlossenen Vollzug.

Art. 42

¹ Disziplinar massnahmen ordnet die Direktion oder die Leitung der Vollzugseinrichtung an.

Zuständigkeit für
Disziplinar-
entscheide

² Das zuständige Amt entscheidet, wenn sich die Verfehlung gegen die Direktorin oder den Direktor richtet.

³ Disziplinar massnahmen sind in der Regel in derjenigen Vollzugseinrichtung zu vollziehen, von deren Direktion sie verfügt wurden.

⁴ Disziplinar massnahmen, die gegen eine eingewiesene Person in einer anderen Vollzugseinrichtung oder während der Untersuchungshaft angeordnet worden sind, werden nach Möglichkeit und auf Ersuchen vollstreckt.

Art. 43

¹ Bei der Beurteilung von Disziplinarvergehen werden die Bestimmungen des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches analog angewendet.

Anwendbares
Recht

² Im Übrigen gelangen die Richtlinien der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission für das Disziplinarrecht in den Konkordatsanstalten zur Anwendung.

V. Bekanntgabe von Personendaten

Art. 44

¹ Nach rechtskräftiger Verurteilung einer Person stellen Strafverfolgungsbehörden und Gerichte der für den Strafvollzug zuständigen Stelle auf de-

Amtsstellen und
Betroffene

ren Verlangen sämtliche für den Vollzug erforderlichen Akten in Papierform oder elektronisch zu.

² Im Vollzug tätige Mitarbeitende sind im Rahmen ihrer dienstlichen Tätigkeit berechtigt, alle über eine Person angelegten Untersuchungs-, Gerichts-, Vollzugs- und Therapieakten einzusehen, sofern dies für ihre konkrete Aufgabenerfüllung geeignet und erforderlich ist.

³ Jede Person hat Anspruch auf Einsicht der über sie geführten Vollzugsakten. Die Vollzugsakten umfassen die grundlegenden Akten des Untersuchungs- und Gerichtsverfahrens sowie die für das Vollzugsverfahren wesentlichen Gutachten, Berichte, Protokolle und Verfügungen. Die Akteneinsicht oder Auskunft darf bei überwiegenden öffentlichen Interessen oder überwiegenden Interessen Dritter aufgeschoben, eingeschränkt oder verweigert werden.

Art. 45

Dritte

¹ Folgende Personen werden auf schriftliches Gesuch hin von der zuständigen Stelle über den Straf- und Massnahmenantritt einer verurteilten Person, ihre Beurlaubung, Versetzung und Entlassung orientiert:

- a) Opfer von Straftaten der verurteilten Person, wenn diese Taten sie in ihrer körperlichen, sexuellen oder psychischen Integrität erheblich beeinträchtigten;
- b) andere Personen, die gegenüber der verurteilten Person ein höheres schutzwürdiges Interesse an der Information nachweisen können.

² Die Kantonspolizei wird bei Eingewiesenen mit besonderen Sicherheitsrisiken in jedem Fall orientiert.

VI. Rechtsmittel

Art. 46

Beschwerde
1. Anstaltsintern

¹ Im besonderen Rechtsverhältnis kann mündlich verfügt werden. Die Betroffenen können eine schriftliche Verfügung verlangen.

² Gegen Verfügungen und Massnahmen der Vollzugsleiterin oder des Vollzugsleiters sowie gegen alle Anordnungen und das Verhalten des Anstaltspersonals kann die eingewiesene Person innert zehn Tagen schriftlich Beschwerde bei der Direktorin oder dem Direktor oder der Leiterin oder dem Leiter der betreffenden Vollzugseinrichtung führen.

³ Der Beschwerde kommt keine aufschiebende Wirkung zu.

Art. 47

2. An das Amt
und das
Departement

¹ Entscheide und Verfügungen der Direktorin oder des Direktors können innert zehn Tagen seit Mitteilung mit Verwaltungsbeschwerde beim zuständigen Amt angefochten werden.

² Verfügungen und Beschwerdeentscheide des zuständigen Amtes können die Betroffenen oder die Staatsanwaltschaft schriftlich innert 30 Tagen an das vorgesetzte Departement weiterziehen.

³ Die Beschwerdeinstanz kann der Beschwerde aufschiebende Wirkung erteilen.

Art. 48

Gegen Vollzugsverfügungen oder Beschwerdeentscheide des Departements können die Betroffenen und die Staatsanwaltschaft beim Kantonsgericht strafrechtliche Berufung einlegen. Berufung

VII. Schlussbestimmungen

Art. 49

Die nachstehenden Erlasse werden mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes wie folgt geändert: Änderung bisherigen Rechts

1. Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch vom 12. Juni 1994 (EGZZGB)

Art. 3 Abs. 1 Ziff. 1

¹ Das Bezirksgericht ist ohne Rücksicht auf den Streitwert insbesondere in folgenden Streitsachen zuständig:

1. Art. 28, 28a, 28b Schutz der Persönlichkeit;

Art. 8 Abs. 2

² Der Bezirksgerichtspräsident beurteilt Weiterzüge gegen die sofortige Ausweisung gemäss Artikel 28b Absatz 4. Das Verfahren richtet sich sinngemäss nach Artikel 61 bis 63 dieses Gesetzes.

Art. 15a

¹ Für die sofortige Ausweisung gemäss Artikel 28b Absatz 4 ist die Kantonspolizei zuständig. Das Verfahren richtet sich nach dem Polizeigesetz. 4. Die kantonale Verwaltung

² Die Regierung kann eine Beratungsstelle für Gewalt ausübende Personen schaffen und bezeichnet die zuständige Stelle.

2. Gesetz über die Strafrechtspflege (StPO) vom 8. Juni 1958

Art. 181 – Art. 192

Aufgehoben

Art. 224 – Art. 226

Aufgehoben

3. Polizeigesetz des Kantons Graubünden (PolG) vom 20. Oktober 2004

Art. 16

¹ Die Kantonspolizei kann die sofortige Ausweisung gemäss Artikel 28b Absatz 4 ZGB für längstens zehn Tage verfügen. Die Verfügung ist mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen und:

- a) der ausgewiesenen Person und dem Opfer spätestens nach dem Einschreiten schriftlich abzugeben;
- b) dem Bezirksgerichtspräsidium und, sofern vormundschaftliche Massnahmen in Betracht kommen, der Vormundschaftsbehörde innert 24 Stunden zu übermitteln;
- c) der Beratungsstelle für Gewalt ausübende Personen mit allenfalls weiteren notwendigen Unterlagen zu übermitteln.

² Der Weiterzug der Verfügung der Kantonspolizei während der Ausweisung richtet sich nach dem Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch.

³ Die Kantonspolizei informiert:

- a) das Opfer über die möglichen weiteren Verfahrensschritte;
- b) das Opfer und die Gewalt ausübende Person über Beratungsangebote.

⁴ Die Beratungsstelle nimmt in den Fällen, in denen Personen nach Artikel 28b Absatz 4 ZGB ausgewiesen wurden, mit den Gewalt ausübenden Personen umgehend Kontakt auf. Wünscht eine Person keine Beratung, werden die von der Polizei übermittelten Daten und Unterlagen von der Beratungsstelle sofort vernichtet.

Art. 50

Übergangsrecht

¹ Bis zum Inkrafttreten der Schweizerischen Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007 verfügt der örtlich zuständige Kreispräsident die Umwandlung von Bussen gemäss Artikel 5 Absatz 3 dieses Gesetzes.

² Bis zum Inkrafttreten der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden (Bündner NFA) gehen die Kosten des Vollzugs von Massnahmen im Sinn von Artikel 7 dieses Gesetzes zu Lasten der Gemeinde, in der die Betroffenen ihren letzten Wohnsitz oder Aufenthalt hatten.

Art. 51

Koordination mit
Bündner NFA

¹ Werden Bestimmungen des Gesetzes über die Strafrechtspflege vom 8. Juni 1958 durch die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Auf-

gabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden (Bündner NFA) und durch das vorliegende Gesetz geändert und tritt die Bündner NFA gleichzeitig mit dem vorliegenden Gesetz oder nach diesem in Kraft, so richtet sich der Wortlaut dieser Bestimmungen nach Artikel 49 Ziffer 2 dieses Gesetzes.

² Sofern der Bündner NFA abgelehnt wird, erhalten die nachstehenden Bestimmungen folgenden Wortlaut:

- a) Artikel 7 Absatz 1: Die Kosten des Vollzugs der Freiheitsstrafen gehen zu Lasten des Kantons. Verurteilte in günstigen finanziellen Verhältnissen sind im Urteil zu Beiträgen an die Vollzugskosten zu verpflichten.
- b) Artikel 7 Absatz 2: Die Kosten des Vollzugs von Massnahmen gehen zu Lasten der Gemeinde, in der die Betroffenen ihren letzten Wohnsitz oder Aufenthalt hatten, soweit nicht die Betroffenen oder Dritte für die Bezahlung aufkommen. Verurteilte in günstigen finanziellen Verhältnissen können im Urteil zu Beiträgen an die Vollzugskosten verpflichtet werden.

Art. 52

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

Referendum,
Inkrafttreten

² Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Namens des Grossen Rates

Präsident: *Christian Rathgeb*

Kanzleidirektor: *Claudio Riesen*

Datum der Veröffentlichung: 10. September 2009

Ablauf der Referendumsfrist: 9. Dezember 2009

Referendum facultativ

Scadenza dal termin per il referendum: 9 da december 2009

Lescha davart l'execuziun giudiziala en il chantun Grischun (lescha davart l'execuziun giudiziala; LExeG)

dals 27 d'avust 2009

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 31 da la constituziun chantunala,
sunter avair gi' invista da la missiva da la regenza dals 26 da matg 2009

concluda:

I. En general

Art. 1

Champ
d'applicaziun

¹ Questa lescha regla l'execuziun da sancziuns penalas sco er l'assistenza da rehabilitaziun e l'assistenza sociala. Sch'i n'existan naginas disposiziuns spezialas, è questa lescha ultra da quai applitgabla per las furmas da la privaziun da la libertad che vegnan menziunadas en l'artigel 13.

² Las directivas ch'èn vegnidas concluididas e ch'èn vegnidas decleradas sco liantas da la cumissiun d'execuziun da chastis da la Svizra orientala pon vegnir applitgadas directamain en cumplettaziun da questa lescha.

Art. 2

Finamira da
l'execuziun

¹ L'execuziun da sancziuns penalas ha la finamira d'evitar recidivas. Las persunas sentenziadas vegnan promovidas uschenavant sco pussaivel en quai che riguarda il meglierament da l'abiltad da manar lur vita senza commetter acts chastiabels.

² L'execuziun da sancziuns che priveschan da la libertad è concepida uschia, che las persunas sentenziadas pon returnar pass per pass a las cundiziuns da viver en libertad. Las persunas sentenziadas ston cooperar activamain per cuntanscher la finamira da l'execuziun.

³ Mesiras per proteger la generalitad, il personal sco er las cumpraschunieras ed ils cumpraschuniers restan resalvadas.

Art. 3

La regenza regla en spezial ils detagls davart:

Ordinaziun

- a) las proceduras per preparar, per realisar e per terminar la lavur d'utilitad publica, ils chastis che priveschan da la libertad, las mesiras sco er il cumenzament anticipà da chastis e da mesiras;
- b) l'execuziun da sancziuns che priveschan da la libertad en instituziuns chantunalas, cunzunt ils dretgs e las obligaziuns da las persunas sentenziadas en il mintgadi da las instituziuns sco er las mesiras da segirezza e las mesiras disciplinaras;
- c) la realisaziun da l'assistenza da rehabilitaziun, da la controlla da las directivas e da l'assistenza sociala facultativa;
- d) l'arrest d'inquisiziun e l'arrest da segirezza sco er la fermanza da polizia;
- e) la collavuraziun da l'uffizi cumpetent en la procedura penala per giuvenils, e quai resguardond las directivas;
- f) l'obligaziun da la persuna sentenziada da surpigliar parzialmain ils custs tenor l'artitgel 380 dal cudesch penal.

II. Execuziun da chastis e da mesiras

1. EXECUZIUN DA LAS SENTENZIAS

Art. 4

¹ En ils cas ch'il cudesch penal deleghescha la cumpetenzza per ordinar acts d'execuziun ad ina dretgira, è cumpetenta la dretgira che ha pronunzià la sentenza en l'emprima istanza.

Lavur d'utilitad publica, chastis che priveschan da la libertad e mesiras

² La regenza designescha ils uffizis ch'en cumpetents per exequir la lavur d'utilitad publica, ils chastis che priveschan da la libertad e las mesiras, uschenavant ch'il cudesch penal, ch'il dretg penal per giuvenils u che auters relaschs na disponan nagut auter.

Art. 5

¹ Chastis pecuniars e multas crodan – cun resalva d'intents spezials – a la cassa da las autoritads giudizialas u da las istanzas administrativas ch'en stadas cumpetentas en l'emprima istanza. Quellas han er da procurar per l'incassament.

Chastis pecuniars e multas

² Sch'il chasti pecuniar u sche la multa è vegnida remplazzada dal chasti subsidiar che privescha da la libertad u da la lavur d'utilitad publica, tutga il chasti pecuniar u la multa – en cas ch'el u ch'ella vegn pajà posteriuramain – a l'uffizi per l'execuziun giudiziala.

³ En cas da multas ch'èn vegnidas pronunziadas d'ina istanza administrativa, dispona l'autorità giudiziala u chantunala cumpetenta – sin proposta da l'autorità executiva – ch'ellas vegnian transformadas en lavur d'utilità publica u en in chasti subsidiar che privescha da la libertà.

Art. 6

Disposiziun
davart objects
confiscads

Sche la dretgira n'ha betg decidi autramain, fixescha la procura publica, tge che stoppia vegnir fatg cun objects ch'èn vegnids confiscads giudizialmain. Il retgav d'ina utilisaziun croda al chantun.

2. CUSTS DA L'EXECUZIUN

Art. 7

Adossament
dals custs

¹ Ils custs d'execuziun dals chastis che priveschan da la libertà e da las mesiras penals staziunaras van a quint dal chantun, nun che las personas pertutgadas u nun che terzas personas stettian bunas per il pajament.

² Personas sentenziadas en bunas relaziuns finanzialas pon vegnir obligadas da la dretgira sentenzianta u da l'autorità executiva da sa participar als custs d'execuziun.

Art. 8

Participaziun
als custs

¹ Prestaziuns d'assicuranza che tutgan a la persona sentenziada e ch'èn destinadas a tractaments sco er prestaziuns da l'assicuranza sociala vegnan duvradas per cuvrir ils custs.

² La persona sentenziada:

- a) paja las acquisiziuns persunalas – cunzunt products da tubac, products da giudiment, artitgels da tualetta ed abunaments da gasettas –, ils custs dals congedis sco er las taxas per duvrar apparats da radio, da televisiun e da telefon;
- b) sto sa participar adequatamain als custs da la mesa-praschunia, da la lavur en l'externat sco er da l'alloschi e da la lavur en l'externat;
- c) surpiglia ils custs da las contribuziuns per assicuranzas socialas e per assicuranzas da malsauns sco er las franchisas e las resalvas persunalas;
- d) surpiglia ils custs per mesiras spezialas da la furmaziun supplementara e per il repatriament, uschenavant che quai è pussaivel e raschunaivel per ella;
- e) surpiglia ils custs da tractaments ambulants ch'èn vegnids ordinads giudizialmain u uffizialmain, nun che quests custs vegnian surpigliads da terzas personas u da la vischnanca, en la quala la persona pertutgada aveva ses ultim domicil u sia ultima dimora.

3. FURMAS SPEZIALAS DA L'EXECUZIUN

Art. 9

Furmas spezialas da l'execuziun pon vegnir realisadas en il rom da las permissiuns che vegnan concedidas da la confederaziun.

Furmas spezialas
da l'execuziun

**4. EXECUZIUN DA SANCZIUNS DAL DRETG PENAL
PER GIUVENILS**

Art. 10

¹ Per l'execuziun da mesiras da protecziun e da chastis cunter giuvenils en il senn da l'artitgel 41 alinea 1 da la procedura penala per giuvenils è cumpetenta la procura per giuvenils.

Giuvenils

² Per incumbensa da la procura per giuvenils exequescha l'uffizi per l'execuziun giudiziala tut las mesiras da protecziun e tut ils chastis cunter giuvenils.

³ Per la cooperaziun a l'execuziun da mesiras da protecziun e da chastis po la procura per giuvenils er consultar ils servetschs socials dal chantun u da las vischnancas.

⁴ Las multas crodan a la cassa chantunala. Igl è chausa dal chantun d'exequir las multas e d'incassar ils custs adossads.

Art. 11

Dal rest vegnan applitgads conform al senn l'artitgel 43 DPG e las disposiziuns da questa lescha davart l'execuziun da chastis e da mesiras.

Disposiziuns
generalas

III. Instituziuns d'execuziun

Art. 12

¹ Il chantun maina las instituziuns ch'èn necessarias per exequir ils chastis che priveschan da la libertad e las mesiras. Il cussegl grond procura en atgna cumpetenza per la construcziun e per il mantegniment da questas instituziuns tenor las prescripziuns dal cudesch penal e da las cunvegns interchantunalas.

Instituziuns
da l'execuziun
da chastis
e da mesiras

² La regenza fa las cunvegns necessarias cun auters chantuns en il rom da la planisaziun interchantunala d'instituziuns per il cundiever da las atgnas instituziuns e per l'execuziun d'atgnas sentenzias en instituziuns extrachantunalas.

Art. 13

Instituziuns per
l'execuziun
giudiziala ed
autras instituziuns

Las instituziuns chantunalas per l'execuziun giudiziala sco er las autras instituziuns èn destinadas a l'execuziun:

- a) da chastis e da mesiras che priveschan da la libertad;
- b) da l'arrest d'inquisiziun, da l'arrest da segirezza e da l'arrest d'extradiziun;
- c) da chastis che priveschan da la libertad en furma da la mesa-praschunia e da l'execuziun a dis;
- d) da mesiras repressivas en il dretg da personas estras;
- e) da mesiras da protecciun e da chastis cunter giuvenils;
- f) da chastis e da mesiras che na pon temporarmain betg vegnir exequids en auters lieus, e quai per motivs da segirezza, per motivs disciplinars u per mancanza da piazza;
- g) da l'arrest da personas che vegnan transportadas;
- h) da la fermanza da polizia;
- i) da la privaziun da la libertad per motivs da provediment.

IV. Execuziun da sancziuns penalas

1. EN GENERAL

Art. 14

Dretgs da las
persunas
collocadas

¹ Las persunas collocadas han il dretg che lur personalitad e che lur dignitad umana vegnian respectadas.

² Lur dretgs costituziunals e legals dastgan vegnir restrenschiids mo uschenavant, che la privaziun da la libertad e che la vita cuminaivla en l'instituziun d'execuziun pretendan quai.

³ Las persunas collocadas èn suttamessas a las restricziuns da lur libertad ch'èn previsas en questa lescha ed en ils relaschs executivs. Per mantegnair la segirezza u per evitar ch'il manaschi da l'instituziun vegnia disturbà, po la direcziun da l'instituziun d'execuziun ordinar ulteriuras restricziuns u ulteriuras mesiras.

Art. 15

Obligaziuns
da las persunas
collocadas

¹ Per laschar sclerir eventuels disturbis da lur sanadad ston las persunas ch'èn vegnidas collocadas da nov sa suttametter ad ina controlla corporala che vegn fatga da persunas medicinalas spezializadas.

² Las persunas collocadas èn obligadas da sa suttametter ad in'expertisa psichiatica, sche l'autoritad collocanta ed executiva resguarda quai sco necessari per planisar l'execuziun.

³ Las persunas collocadas ston observar las prescripziuns d'execuziun e suandar tant las ordinaziuns da la direcziun e dal personal da l'instituziun

d'execuziun sco er las ordinaziuns da l'autorità collocanta ed executiva competent. Ellas tralaschan tut quai che impedischa che l'execuziun e che las finamiras da l'execuziun possian vegnir realisadas en moda ordinada e tut quai che disturba la segirezza e l'urden.

2. COLLOCAZIUN, TRANSFERIMENT ED INTERRUPTIUN

Art. 16

I n'exista nagin dretg da vegnir collocà en ina tscherta instituziun.

Princip

Art. 17

¹ En cas d'inabilitad d'expiar il chasti vegn suspendida l'execuziun.

Abilitad d'expiar
il chasti

² Davart l'inabilitad d'expiar il chasti decida l'autorità executiva. L'inabilitad d'expiar il chasti po vegnir confermada mo tras in attest da la media u dal medi. Sch'in tal attest manca u sch'i dat dubis davart l'abiltad d'expiar il chasti, vegn quella controllada da la media u dal medi da l'instituziun d'execuziun ubain da la psichiatra u dal psichiater da l'instituziun d'execuziun.

³ L'autorità executiva po ordinar en mintga cas ina controlla speziala. Il medem dretg ha la procura publica areguard las prashunieras ed areguard ils prashuniers d'inquisiziun.

⁴ Igl è chausa da l'autorità executiva d'ordinar mesiras preventivas che davanan necessarias pervia da la segirezza publica. En cas da basegn infurmescha ella l'autorità tutelara competent. Questas duas autoritàs prendan las mesiras necessarias en enclegientscha vicendaivla.

Art. 18

¹ Per cuntinuar l'execuziun po l'autorità executiva transferir persunas collocadas en in'autra instituziun d'execuziun:

Transferiment

- a) sche quai damenta necessari pervia da lur stadi, pervia da lur cumportament u pervia da lur segirezza;
- b) sche lur tractament pretenda quai;
- c) sche lur integrazion vegn cuntanschida meglier uschia;
- d) sch'i dat problems d'occupaziun.

² Il transferiment en ina clinica psichiatrica u en in ospital po vegnir fatg er sin basa d'ina disposiziun medicinala. Per cas urgents vegn la direcziun da l'instituziun d'execuziun autorisada da far quai. L'autorità executiva vegn infurmada immediatamain davart il transferiment.

Art. 19

La permissiun per interromper il chasti tenor l'artitgel 92 dal cudesch penal po vegnir colliada cun cundiziuns davart il cumportament, davart

Interrupziun
dal chasti

l'occupaziun, davart il lieu da dimora, davart l'obligaziun d'annunzia sco er cun l'ordinaziun d'ina surveglianza u d'ina assistenza.

Art. 20

Mesiras da
segirezza

¹ Sch'ina mesira staziunara sto vegnir abolida u midada, vegn piazzada la persuna collocada en ina instituziun d'execuziun adattada, fin che la dretgira ha decidì, sche e quant enavant ch'il chasti suspendi vegn anc exequì ubain sch'i duai vegnir ordinà in'autra mesira.

² En ils cas da l'artitgel 95 alinea 5 dal cudesch penal ordinescha l'autorità executiva l'arrest da segirezza, sch'i sto vegnir fatg quint seriusamain che la persuna relaschada commettia novs delicts cunter il corp e cunter la vita. Davart la cuntinuaziun da l'arrest da segirezza decida la derschadra u il derschader d'arrest entaifer 48 uras suenter l'ordinaziun.

3. SEGIREZZA ED URDEN

Art. 21

Princip

¹ La persuna collocada è conresponsabla per ina vita cuminaivla ordinada en l'instituziun.

² Ils detagls vegnan reglads en l'urden da chasa ed en las directivas correspundentas.

Art. 22

Mesiras dal
servetsch
d'identificaziun

¹ Per segirar l'execuziun èn admissiblas cunzunt las suandantas mesiras dal servetsch d'identificaziun:

- a) far fotografias;
- b) far mesiraziuns e registrar segns corporals characteristics;
- c) prender improntas dals dets;
- d) prender in'emprova da la spida u in'emprova da la mucosa da la bocca.

² Resalvadas restan las disposiziuns da la lescha davart ils profils dal DNA.

Art. 23

Controllas,
perquisiziuns

¹ La direcziun da l'instituziun d'execuziun po laschar perquirir las personas collocadas, lur effects persunals e lur alloschi ed ordinar emprovas da l'urin, controllas dal flad, emprovas dal sang, emprovas dals chavels u la controlla externa d'averturas dal corp (perquisiziun corporala externa).

² Personas collocadas che vegnan suspectadas da zuppar objects scumandads en lur corp, vi da lur corp u en averturas da lur corp, pon vegnir sutmessas ad ina perquisiziun corporala (perquisiziun corporala intima).

³ Perquisiziuns corporalas externas ston vegnir fatgas da persunas da la medema schlattaina.

⁴ Perquisiziuns corporalas intimas ston vegnir surdadas ad ina media u ad in medi.

Art. 24

¹ La direcziun da l'instituziun d'execuziun po ordinar mesiras da segirezza spezialas cunter ina persuna collocada, sch'igl exista – sin basa da ses cumportament u da ses stadi psichic – in privel augmentà ch'ella fugia, ch'ella commettia acts da violenza cunter sasezza u cunter terzas persunas ubain ch'ella fetschia donns materials.

Mesiras da
segirezza
spezialas

² Sco mesiras da segirezza spezialas èn admissiblas:

- a) retrair u retegnair objects;
- b) observar durant il di e/u durant la notg;
- c) separar dad autras cumpraschunieras e dad auters cumpraschuniers;
- d) retrair u restrenscher il trategniment en il liber;
- e) collocar en in local ch'è segirà spezialmain e che na cuntegna nagins objects periclitants;
- f) liar.

³ Las mesiras tenor l'alinea 1 literas a, c ed e èn er admissiblas, sch'il privel da la liberaziun u sch'in disturbi considerabel da l'urden en l'instituziun d'execuziun na po betg vegnir evità autramain.

⁴ Sin ordinaziun da la direcziun da l'instituziun d'execuziun èsi admess da liar ina persuna collocada per la sortida, per la preschentaziun u per il transport er alura, sch'igl exista in privel da fugia augmentà per auters motivs che quels da l'alinea 1.

⁵ Las mesiras da segirezza spezialas dastgan vegnir mantegnidas mo sche e mo uschè ditg che lur intent pretenda quai.

Art. 25

Sch'ina persuna collocada è mitschada u sch'ella sa trategna uschiglio senza permissiun ordaifer l'instituziun d'execuziun, vegni ordinà immediatmain ch'ella vegnia arrestada e manada enavos. L'autorità collocanta sto vegnir infurmada da quai. Il personal da l'instituziun d'execuziun la po arrestar sezza e la po manar enavos sezza en l'instituziun.

Arrestaziuns

4. SFORZ DIRECT

Art. 26

¹ Il sforz direct po vegnir applitgà cunter persunas colocadas che sa cumportan en moda renitenta u violenta ubain per evitar lur fugia u per las rearrestar.

Princip

² Cunter autras persunas che sa trategnan illegalmain sin l'areal da l'instituziun d'execuziun, ch'emproman d'entrar cun forza u che vulan liberar persunas collocadas èsi admissibel da duvrar il sforz direct, sche l'intent che duai vegnir cuntanschi na po betg vegnir cuntanschi autramain.

Art. 27

Nutriments sfurzà

¹ En cas d'ina chauma da la fom po la direcziun da l'instituziun d'execuziun ordinar in nutriment sfurzà che sto vegnir fatg sut la direcziun e cun la participaziun d'ina media u d'in medi, sch'igl exista in privel da mort u in privel gravant per la persuna pertutgada.

² Uscheditg ch'ins po partir dal fatg che la persuna pertutgada possa exercitar libramain sia voluntad, na datti naginas intervenziuns da vart da l'instituziun d'execuziun.

Art. 28

Medicaziun
sfurzada
1. champ
d'applicaziun,
princip

¹ Las suandantas disposiziuns davart la medicaziun sfurzada valan per persunas ch'èn vegnidas collocadas en ina instituziun d'execuziun grischuna, sche:

- a) ina sancziun penala, cunzunt ina mesira ch'è vegnida ordinada tras ina dretgira, sto vegnir exequida; e
- b) ellas èn cumpatiblas cun l'intent concret da la sancziun.

² Ina medicaziun sfurzada en il senn da questa lescha è ina mesira che vegn exequida senza il consentiment da la persuna pertutgada, e quai cun la finamira da mantegnair u da meglierar ses stadi da sanadad ubain da proteger terzas persunas.

³ Ils dretgs generals e las obligaziuns generalas da las persunas collocadas valan er tar l'ordinaziun da medicaziuns sfurzadas, uschenavant ch'i n'è determinà nagut auter.

Art. 29

2. premissas

Medicaziuns sfurzadas èn admissiblas mo, sche mesiras voluntaras han disditg u na stattan betg a disposiziun e sche:

- a) il cumportament da la persuna pertutgada periclitescha grevamein sia atgna segirezza u sia atgna sanadad; u
- b) in privel direct per il corp e per la vita da terzas persunas duai vegnir evità; u
- c) in disturbi gravant da la vita cuminaivla sto vegnir eliminà, en cas che la persuna pertutgada demussa in cumportament social disturbà u ha in potenzial destructiv considerabel.

Art. 30

3. disposiziuns
generalas

¹ Davart l'ordinaziun, davart la realisaziun e davart la finiziun d'ina medicaziun sfurzada decida unicamein la direcziun, e quai suenter avair

tadlà la media cumpetenta u il medi cumpetent da l'instituziun d'execuziun.

² I ston vegnir prendidas tut las mesiras per pudair evitar medicaziuns sfurzadas. A las persunas pertutgadas sto vegnir laschada la libertad da decider, uschenavant che quai è cumpatibel cun lur atgna segirezza e cun la segirezza publica.

³ I sto mintgamai vegnir tschernida la mesira repressiva la pli moderada. Ella dastga durar mo uschè ditg sco quai che las premissas giustifitgantas èn dadas.

Art. 31

¹ Avant che decider per ina medicaziun sfurzada sto la persuna pertutgada 4. scleriment vegnir sclerida davart la mesira ordinada e davart il dretg da far recurs, uschenavant ch'i na smanatscha betg in privel tras il retardament. Sin giavisch da la persuna pertutgada ston las confamigliaras ed ils confamigliars u ina persuna designada che stat datiers vegnir infurmads immediatamain ed en furma adeguata.

² Er sche la decisiun è vegnida communitgada ordavant a bucca, sto ella vegnir communitgada posteriuramain subit en scrit ensemen cun la motivaziun e cun l'indicaziun dals meds legals.

³ L'instituziun d'execuziun sto infurmar immediatamain l'autorità collocanta sco er la media chantunala u il medi chantunal, sch'ella ordinescha ina medicaziun sfurzada.

Art. 32

La persuna ch'è pertutgada da la medicaziun sfurzada, sias confamigliaras 5. recurs e ses confamigliars u ina persuna che stat datiers pon recurrer en scrit cunter l'ordinaziun da la medicaziun sfurzada tar l'uffizi cumpetent, e quai entaifer 10 dis dapi la comunicaziun en scrit.

5. SANADAD ED ASSISTENZA

Art. 33

¹ Igl è scumandà da consumar e da posseder alcohol, medicaments betg 7 Medicaments e products da giudiment ordinads sco er narcotics u substanças che han in effect sumegliant e da far commerzi cun quai.

² L'instituziun d'execuziun procura per las controllas necessarias (sco p.ex. emprovas da l'urin, dal sang, da la spida, dals chavels, da la mucosa da la bucca, tests d'alcohol tras suflar). Sch'il resultat dal test è positiv, van ils custs a quint da la persuna collocada.

Art. 34

Custs dal tractament

¹ Sch'ils custs per il tractament medicinal na vegnan betg cuvrids tras la dunsena, tras las cassas da malsauns u tras las assicuranzas, van quests custs a quint dal chantun collocant.

² Ils custs per ina dimora en l'ospital u ils custs da tractament per malsognas u per accidents che existivan u ch'èn vegnids subids gia avant che entrar en l'instituziun d'execuziun, ston vegnir surpigliads da la persuna collocada u dal chantun collocant. Il medem vala – cun excepziun da cas d'urgenza – per blessuras u per malsognas ch'èn vegnidas chaschunadas intenziunadamain en l'instituziun d'execuziun.

³ Avant mintga tractament suspensibel sto vegnir scleri cun il post collocant, tgi che surpiglia ils custs. Sch'i n'è betg garanti ch'ils custs sajan cuvrids, sto la persuna collocada pajiar in deposit.

⁴ Ils custs per il tractament da blessuras u da malsognas che la persuna collocada ha subi a chaschun d'in trategniment scumandà ordaifer l'instituziun d'execuziun sto ella surpigliar sezza.

**6. CONTACTS ENTAIFER LAS INSTITUZIUNS
D'EXECUZIUN E TRAFFIC CUN IL MUND EXTERIUR**

Art. 35

Contact tranter las personas collocadas

Uschenavant ch'i na vegnan betg relaschadas directivas spezialas per motivs disciplinars u per auters motivs, na vegn il contact a bucca ed en scrit tranter las personas collocadas betg restrenschì.

Art. 36

Traffic cun il mund exteriur

En cas d'indizis d'abus u en cas d'abus effectivs èsi pussaivel da restrenscher u da survegliar er il traffic postal, ils discurs da telefon u las visitas d'advocatas e d'advocats, da spiritualas e da spirituals sco er da medias e da medis.

7. FATGS DISCIPLINARS

Art. 37

Delicts disciplinars

¹ Cuntravenziuns cunter questa lescha, cunter l'ordinaziun davart l'execuziun giudiziala, cunter l'urden da chasa e cunter autras regulaziuns da las instituziuns d'execuziun sco er cuntravenziuns cunter il plan d'execuziun vegnan chastiadas sco delicts disciplinars.

² En cas levs poi vegnir renunzià a mesiras disciplinaras, sch'il delict disciplinar po vegnir liquidà en autra moda.

³ Sco delicts disciplinars grevs valan ils suandants delicts:

- a) violenzas, smanatschas u in cumportament grevamain maldeschent visavi il persunal, visavi cumpraschunieras e visavi cumpraschuniers u visavi terzas persunas;
- b) rumper ord praschun, fugir ord praschun, empruvar da fugir e gidar a fugir;
- c) refuser da lavurar ed instigar a la refusa da lavurar sco er betg returnar d'ina occupaziun externa, da la sortida u dal congedi;
- d) returnar d'ina occupaziun externa, da la sortida u dal congedi en in stadi alcoholisà u sut l'influenza da drogas;
- e) far intenziunadamain donns materials en ina dimensiun pli gronda;
- f) introducir, producir, posseder e dar vinavant armas, objects sumegliants ad armas u objects ch'èn adattads da vegnir duvrads sco armas privlusas;
- g) introducir, posseder, producir, consumar e far commerzi cun drogas e cun alcohol;
- h) introducir, exportar e dar vinavant objects, scrittiras e daner blut cun guntgir la controlla;
- i) tgirar contacts scumandads cun persunas ordaifer l'instituziun d'execuziun;
- j) disturbar grevamain l'urden e la segirezza;
- k) delicts che pon vegnir persequitads mo sin proposta, uschenavant ch'i vegn renunzià ad in plant penal.

Art. 38

1 Las suandantas mesiras disciplinaras èn admissiblas:

Mesiras
disciplinaras

- a) reprimanda;
- b) restricziun u privaziun dal dretg da disponer da meds finanzials, e quai fin 3 mais;
- c) exclusiun da la participaziun ad activitads communablas u ad activitads da temp liber, ad occurenzas ed a curs, e quai fin 3 mais – en cas da repetiziun fin 6 mais;
- d) restricziun u privaziun da medias scrittas u electronicas sco er dal possess d'apparats per la reproducziun da tuns e da maletgs, e quai fin 2 mais – en cas da repetiziun fin 6 mais;
- e) restricziun u privaziun dal dretg da visita e da corrispondenza, e quai fin 3 mais;
- f) scumond da sortida e da congedi, e quai fin 6 mais;
- g) multa fin a 200 francs;
- h) serrar en la cella u en la chombra, e quai fin 14 dis;
- i) arrest fin 20 dis.

² Pliras mesiras disciplinaras pon vegnir colliadas ina cun l'autra. Igl è scumandà d'ordinar il medem mument in arrest ed ina multa sco er d'ordinar ch'ina persuna collocada vegnia serrada en la cella u en la chombra e survegnia il medem mument er anc arrest.

³ La restricziun u la privaziun dals contacts externs e dal dretg da visita sco er il scumond da sortida e da congedi dastgan vegnir ordinads mo, sch'il delict disciplinar stat en connex cun il diever da quests dretgs. Resalvà resta en mintga cas il traffic cun autoritads, cun represchentantas legalas e cun represchentants legals sco er cun spiritualas e cun spirituals.

⁴ L'arrest è admissibel mo en cas da delicts disciplinars grevs u repetids.

Art. 39

Metter en
segirezza e
confiscar

¹ Objects ch'èn vegnids duvrads per commetter cuntravenziuns disciplinas vegnan mess en segirezza. Els vegnan mess tar ils effects persunals, sche lur proprietad po vegnir constatada.

² Sche quai n'è betg pussaivel u sch'ils objects èn adattads per in diever illegal, vegnan els utilisads a favur d'in fond per sustegnair persunas arrestadas u relaschadas, u vegnan destruids, sch'ina utilisaziun n'è betg pussaivla.

Art. 40

Restricziuns per
geners d'arrest
speziels

¹ Tar l'execuziun averta, tar la mesa-praschunia e tar la lavur en l'externat pon las mesiras disciplinas tenor l'artitgel 38 literas c, d ed e vegnir pronunziadas per maximalmain 1 mais.

² Tar la mesa-praschunia e tar la lavur en l'externat po vegnir pronunzià in scumond da sortida u da congedi da maximalmain 1 mais.

³ Per l'arrest administrativ tenor il dretg da persunas estras valan las disposiziuns correspondentas da la legislaziun introductiva chantunala.

Art. 41

Transferiment
preventiv

Tar delicts disciplinars grevs u repetids po vegnir ordinà – ensemen cun la decisiun disciplinara – in transferiment preventiv che dura fin a la decisiun da l'autorità collocanta, e quai:

- a) da l'execuziun averta vi en l'execuziun serrada;
- b) da la mesa-praschunia u da la lavur en l'externat vi en l'execuziun averta u serrada;
- c) da l'alloschi en l'externat vi en la lavur en l'externat u vi en l'execuziun averta u serrada.

Art. 42

Cumpetenzza per
decisiuns
disciplinas

¹ Mesiras disciplinas vegnan ordinadas da la direcziun da l'instituziun d'execuziun.

² Sche la cuntravenziun sa drizza cunter la direcziun, decida l'uffizi cumpetent.

³ Mesiras disciplinas ston per regla vegnir exequidas en quella instituziun d'execuziun, da la quala la direcziun ha ordinà questas mesiras.

⁴ Mesiras disciplinaras ch'èn vegnidas ordinadas cunter ina persuna collocada en in'autra instituziun d'execuziun u durant l'arrest d'inquisiziun, vegnan exequidas tenor pussaivladad e sin dumonda.

Art. 43

¹ Per giuditgar delicts disciplinars vegnan applitgadas analogamain las disposiziuns da la part generala dal cudesch penal. Dretg applitgabel

² Dal rest vegnan applitgadas las directivas da la cumissiun d'execuziun da chastis da la Svizra orientala davart il dretg disciplinar en las instituziuns dal concordat.

V. Comunicaziun da datas da persunas

Art. 44

¹ Suentar ch'ina persuna è vegnida sentenziada cun vigur legala, tramettan las autoritads da persecuziun penala e las dretgiras – sin palpìri u en furma electronica – tut las actas ch'èn necessarias per l'execuziun al post ch'è competent per l'execuziun dal chastì, sche quel pretenda quai. Uffizis e persunas
pertutgadas

² En il rom da lur activitad uffiziala han las collavuraturas ed ils collavurats che lavuran en l'execuziun il dretg da prender invista da tut las actas d'inquisiziun, da dretgira, d'execuziun e da terapia ch'èn vegnidas fatgas davart ina persuna, sche quai è adattà e necessari per ademplir lur incumbensas concretas.

³ Mintga persuna ha il dretg da prender invista da las actas d'execuziun che vegnan manadas davart ella sezza. Las actas d'execuziun cumpiglian las actas fundamentalas da la procedura d'inquisiziun e da la procedura giudiziala sco er las expertisas, ils rapports, ils protocols e las disposiziuns ch'èn impurtants per la procedura d'execuziun. L'invista da las actas u l'infurmaziun dastga vegnir suspendida, restrenschiada u refusada en cas d'interess public predominants u en cas d'interess predominants da terzas persunas.

Art. 45

¹ Sche las suandantas persunas dumondan quai en scrit, las infurmescha il post competent davart il cumenzament dal chastì u da la mesura d'ina persuna sentenziada, davart ses congedi, davart ses transferiment e davart sia relaschada: Terzas persunas

- a) victimas d'acts chastiabels da la persuna sentenziada, sche quests acts han disturbà considerablamein lur integritad corporala, sexuala u psichica;
- b) autras persunas che pon cumprovar – visavi la persuna sentenziada – in interess superiur vi da l'infurmaziun, il qual è degn da vegnir protegi.

² La polizia chantunala vegn infurmada en mintga cas tar persunas collocadas cun ristgas da segirezza spezialas.

VI. Meds legals

Art. 46

Recurs
1. entaifer
l'instituziun

¹ En la relaziun giuridica speziala po vegnir relaschada ina disposiziun a bucca. Las persunas pertutgadas pon pretender ina disposiziun en scrit.

² Cunter disposiziuns e cunter mesiras da la manadra u dal manader da l'execuziun sco er cunter tut las ordinaziuns e cunter il cumportament dal persunal da l'instituziun po la persuna collocada recurrer en scrit tar la directura u tar il directur ubain tar la manadra u tar il manader da l'instituziun d'execuziun respectiva, e quai entaifer 10 dis.

³ Il recurs n'ha betg in effect suspensiv.

Art. 47

2. a l'uffizi ed
al departament

¹ Cunter decisiuns e cunter disposiziuns da la direcziun poi vegnir fatg recurs administrativ tar l'uffizi cumpetent, e quai entaifer 10 dis dapi la communicaziun.

² Cunter disposiziuns e cunter decisiuns da recurs da l'uffizi cumpetent pon las persunas pertutgadas u la procura publica recurrer en scrit tar il departament superiur, e quai entaifer 30 dis.

³ L'istanza da recurs po dar in effect suspensiv al recurs.

Art. 48

Appellaziun

Cunter disposiziuns executivas u cunter decisiuns da recurs dal departament pon las persunas pertutgadas u la procura publica appellar tar la dretgira chantunala.

VII. Disposiziuns finalas

Art. 49

Midada dal
dretg vertent

Cun l'entrada en vigur da questa lescha vegnan midads ils relaschs qua sutvart sco suonda:

1. Lescha introductiva tar il cudesch civil svizzer dals 12 da zercladur 1994 (LItCCS)

Art. 3 al. 1 cifra 1

¹ La dretgira districtuala è cumpetenta en spezial per las sequentas chaussas en dispita, e quai senza resguardar la valur en dispita:

1. art. 28, 28a, 28b protecziun da la persunalitad;

Art. 8 al. 2

² Il president da la dretgira districtuala giuditgescha recurs cunter l'expulsiun immediata tenor l'artitgel 28b alinea 4. La procedura sa drizza conform al senn tenor ils artitgels 61 fin 63 da questa lescha.

Art. 15a

¹ Per l'expulsiun immediata tenor l'artitgel 28b alinea 4 è cumpetenta la polizia chantunala. La procedura sa drizza tenor la lescha da polizia. ^{4. administraziun chantunala}

² La regenza po installar in post da cussegliaziun per persunas violentas e designescha il post cumpetent.

2. Lescha davart la procedura penala (PP) dals 8 da zercladur 1958

Art. 181 fin art. 192

aboli

Art. 224 fin art. 226

aboli

3. Lescha da polizia dal chantun Grischun (LPol) dals 20 d'october 2004

Art. 16

¹ La polizia chantunala po disponer l'expulsiun immediata tenor l'artitgel 28b alinea 4 CCS per maximalmain 10 dis. La disposiziun sto esser munida cun ina indicaziun dals meds legals e:

- a) sto vegnir dada en scrit a la persuna expulsada ed a la victima il pli tard suenter l'intervenziun;

b) sto vegnir communitgada al presidi da la dretgira districtuala e, premess che mesiras tutelarass vegnian en dumonda, a l'autorità tutelara entaifer 24 uras;

c) sto vegnir communitgada al post da cussegliaziun per persunas violentas, eventualmain cun ulteriurs documents necessaris.

² Il recurs cunter la disposiziun da la polizia chantunala durant l'expulsiun sa drizza tenor la lescha introductiva tar il cudesch civil svizzer.

³ La polizia chantunala infurmescha:

a) la victima davart eventuels ulteriurs pass da la procedura;

b) la victima e la persuna violenta davart purschidas da cussegliaziun.

⁴ En ils cas, en ils quals persunas èn vegnidas expulsadas tenor l'artitgel 28b alinea 4 CCS, contactescha il post da cussegliaziun immediatamain las persunas violentas. Sch'ina persuna na giavischa betg ina cussegliaziun, vegnan las datas ed ils documents ch'èn vegnids transferids da la polizia destruids immediatamain dal post da cussegliaziun.

Art. 50

Dretg transitoric

¹ Fin a l'entrada en vigur da la procedura penala svizra dals 5 d'october 2007 dispona la presidenta cirquitala ch'è localmain cumpetenta u il president cirquital ch'è localmain cumpetent la transformaziun da multas tenor l'artitgel 5 alinea 3 da questa lescha.

² Fin a l'entrada en vigur da la nova concepziun da la gulivaziun da finanzas e da la repartiziun da las incumbensas tranter il chantun e las vischnancas (NGF grischuna) van ils custs da l'execuziun da mesiras en il senn da l'artitgel 7 da questa lescha a quint da la vischnanca, en la quala las persunas pertutgadas avevan lur ultim domicil u lur ultima dimora.

Art. 51

Coordinaziun cun
la NGF grischuna

¹ Sche las disposiziuns da la lescha davart la procedura penala dals 8 da zercladur 1958 vegnan midadas tras la nova concepziun da la gulivaziun da finanzas e da la repartiziun da las incumbensas tranter il chantun e las vischnancas (NGF grischuna) e tras la lescha qua avant maun e sche la NGF grischuna entra en vigur a medem temp sco la lescha qua avant maun u suenter quella, sa drizza il text da questas disposiziuns tenor l'artitgel 49 cifra 2 da questa lescha.

² Sche la NGF grischuna vegn refusada, survegnan las disposiziuns qua sutvart la suandanta formulaziun:

a) Artitgel 7 alinea 1: Ils custs d'execuziun dals chastis che priveschan da la libertad van a quint dal chantun. Persunas sentenziadas en bunas relaziuns finanzialas ston vegnir obligadas en la sentenza da sa participar als custs d'execuziun.

- b) Artitgel 7 alinea 2: Ils custs da l'execuziun da mesiras van a quint da la vischnanca, en la quala las persunas pertutgadas avevan lur ultim domicil u lur ultima dimora, uschenavant che betg las persunas pertutgadas u terzas persunas na stattan bunas per il pajament. Persunas sentenziadas en bunas relaziuns finanzialas pon vegnir obligadas en la sentenza da sa participar als custs d'execuziun.

Art. 52

¹ Questa lescha è suttamessa al referendum facultativ.

Referendum,
entrada en vigur

² La regenza fixescha il termin da l'entrada en vigur.

En num dal cussegl grond
Il president: *Christian Rathgeb*
Il chancelier: *Claudio Riesen*

Data da publicaziun: 10 da settember 2009

Scadenza dal termin per il referendum: 9 da december 2009

Referendum facoltativo

Scadenza del termine di referendum: 9 dicembre 2009

Legge sull'esecuzione giudiziaria nel Cantone dei Grigioni (LEG)

del 27 agosto 2009

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 31 della Costituzione cantonale;
visto il messaggio del Governo del 26 maggio 2009,

decide:

I. In generale

Art. 1

Campo
d'applicazione

¹ La presente legge disciplina l'esecuzione di sanzioni penali, nonché l'assistenza riabilitativa e l'assistenza sociale volontaria. In assenza di disposizioni particolari, la legge è applicabile anche alle forme di privazione della libertà menzionate all'articolo 13.

² Le direttive decise e dichiarate vincolanti dalla Commissione della Svizzera orientale per l'esecuzione delle pene sono direttamente applicabili a complemento della presente legge.

Art. 2

Obiettivo
dell'esecuzione

¹ L'obiettivo dell'esecuzione di sanzioni penali è la prevenzione di recidive. I condannati vengono per quanto possibile sostenuti nel miglioramento delle loro capacità di vivere esenti da pene.

² L'esecuzione di sanzioni privative della libertà è orientata a un ritorno graduale alla vita in libertà. Il condannato deve collaborare attivamente al raggiungimento dell'obiettivo dell'esecuzione.

³ Sono fatte salve misure volte alla protezione della collettività, del personale e degli altri detenuti.

Art. 3

Il Governo disciplina i dettagli in particolare riguardo:

Ordinanza

- a) alle procedure per la preparazione, lo svolgimento e la conclusione del lavoro di utilità pubblica, delle pene detentive e delle misure, nonché dell'espiazione anticipata delle pene detentive e delle misure;
- b) all'esecuzione di sanzioni privative della libertà in istituzioni statali, segnatamente i diritti e i doveri dei condannati nella vita quotidiana del penitenziario, nonché le misure di sicurezza e disciplinari;
- c) allo svolgimento dell'assistenza riabilitativa, del controllo delle norme di condotta e dell'assistenza sociale volontaria;
- d) al carcere preventivo e di sicurezza e al fermo preventivo di polizia;
- e) alla collaborazione, relativa alle norme di condotta, dell'Ufficio competente nella procedura penale minorile;
- f) ai dettagli sull'obbligo dei condannati ad assumersi una parte delle spese conformemente all'articolo 380 CP.

II. Esecuzione delle pene e delle misure

1. ESECUZIONE DELLE SENTENZE

Art. 4

¹ Nei casi in cui il Codice penale conferisce a un tribunale la competenza per ordinare atti d'esecuzione, la competenza spetta al tribunale che ha emesso la sentenza di prima istanza.

Lavoro di pubblica utilità, pene detentive e misure

² Il Governo designa gli uffici competenti per l'esecuzione di lavoro di pubblica utilità, pene detentive e misure, nella misura in cui il codice penale, il diritto penale minorile o altri atti normativi non dispongano diversamente.

Art. 5

¹ Le pene pecuniarie e le multe spettano alla cassa delle autorità giudiziarie o amministrative di prima istanza, a cui compete pure la riscossione, a meno che non vengano destinate a un uso particolare.

Pene pecuniarie e multe

² Se al posto di una pena pecuniaria o di una multa è subentrata la pena detentiva sostitutiva o il lavoro di pubblica utilità, in caso di successivo pagamento la pena pecuniaria o la multa spetta all'Ufficio per l'esecuzione giudiziaria.

³ La competente autorità giudiziaria o cantonale, su proposta dell'autorità esecutiva, decide la commutazione di multe inflitte da un'autorità amministrativa in lavoro di pubblica utilità o in una pena sostitutiva.

Art. 6

Competenza sugli
oggetti confiscati
e devoluti allo
Stato

Se il tribunale non decide altrimenti, la Procura pubblica stabilisce cosa si debba fare degli oggetti confiscati giudizialmente. Il ricavo di un'utilizzazione spetta al Cantone.

2. SPESE DI ESECUZIONE

Art. 7

Assunzione delle
spese

¹ Le spese dell'esecuzione delle pene detentive e delle misure penali stazionarie sono a carico del Cantone, per quanto non siano a carico degli interessati o di terzi.

² I condannati in buone condizioni finanziarie possono essere obbligati a partecipare alle spese d'esecuzione dal tribunale giudicante dall'autorità esecutiva.

Art. 8

Partecipazione
alle spese

¹ Le prestazioni assicurative per trattamenti, nonché le prestazioni sociali spettanti al condannato vengono impiegate per coprire le spese.

² Il condannato:

- a) paga acquisti personali, in particolare tabacchi, generi voluttuari, articoli da toilette e abbonamenti a giornali, spese per congedi, nonché le tasse per l'utilizzazione di apparecchi radio, televisivi e telefonici;
- b) deve partecipare in misura adeguata alle spese di semiprigionia, di lavoro in esternato, nonché di alloggio e lavoro in esternato;
- c) si assume le spese per i contributi all'assicurazione sociale e all'assicurazione malattia, nonché le franchigie e le aliquote percentuali;
- d) si assume le spese per particolari misure di perfezionamento e di rimpatrio, per quanto possibile ed esigibile;
- e) si assume le spese di trattamenti ambulatoriali ordinati dal tribunale o dall'autorità, qualora non se ne facciano carico terzi o il comune nel quale la persona interessata aveva l'ultimo domicilio o l'ultima dimora.

3. FORME DI ESECUZIONE PARTICOLARI

Art. 9

Forme di
esecuzione
particolari

Forme di esecuzioni particolari possono essere svolte nei limiti delle autorizzazioni rilasciate dalla Confederazione.

**4. ESECUZIONE DI SANZIONI DI DIRITTO PENALE
MINORILE**

Art. 10

¹ Per l'esecuzione delle pene e delle misure protettive nei confronti di minori ai sensi dell'articolo 41 capoverso 1 PPMin è competente la Procura dei minorenni. Minori

² Su incarico della Procura dei minorenni, l'Ufficio per l'esecuzione giudiziaria esegue tutte le misure protettive e le pene nei confronti di minori.

³ Per la collaborazione nell'esecuzione di pene e misure protettive, la Procura dei minorenni può ricorrere anche ai servizi sociali del Cantone o dei comuni.

⁴ Le multe spettano alla Cassa di Stato. La riscossione delle multe e delle spese addebitate è compito del Cantone.

Art. 11

Per il resto si applica per analogia l'articolo 43 DPMin e le disposizioni di questa legge sull'esecuzione delle pene e delle misure. Disposizioni generali

III. Istituzioni d'esecuzione

Art. 12

¹ Il Cantone gestisce le istituzioni necessarie per l'esecuzione di pene detentive e di misure. Il Gran Consiglio cura la costruzione e la manutenzione di questi stabilimenti secondo le norme del codice penale svizzero e delle convenzioni internazionali. Istituzioni per l'esecuzione di pene e misure

² Il Governo stipula gli accordi necessari con altri Cantoni, nell'ambito della pianificazione intercantonale dei penitenziari, circa l'accoglimento di persone di altri Cantoni nei propri stabilimenti e l'esecuzione di proprie sentenze in stabilimenti fuori Cantone.

Art. 13

I penitenziari cantonali, nonché le altre istituzioni servono all'esecuzione: Penitenziari e altre istituzioni

- a) di pene e misure privative della libertà;
- b) della detenzione preventiva, di sicurezza e in vista di estradizione;
- c) di pene detentive in regime di semiprigionia, sotto forma di esecuzione per giorni;
- d) di misure coercitive nel diritto degli stranieri;
- e) di misure protettive applicate e pene inflitte a minori;
- f) di pene e misure che per motivi di sicurezza, disciplinari o di spazio non possono temporaneamente essere eseguite altrove;
- g) della detenzione di persone che vengono trasferite;
- h) del fermo di polizia;

- i) della privazione della libertà a fini assistenziali.

IV. Esecuzione di sanzioni penali

1. IN GENERALE

Art. 14

Diritti dei
collocati

¹ I collocati hanno diritto al rispetto della loro personalità e della loro dignità umana.

² I loro diritti costituzionali e legali possono essere limitati solo per quanto ciò sia richiesto dalla privazione della libertà e dalla convivenza nell'istituzione d'esecuzione.

³ I collocati sono soggetti alle limitazioni della loro libertà previste dalla presente legge e dagli atti esecutivi. Per mantenere la sicurezza o per prevenire turbamenti nell'esercizio, la direzione dell'istituzione d'esecuzione può disporre ulteriori limitazioni o misure.

Art. 15

Obblighi dei
collocati

¹ Al fine di accertare eventuali pregiudizi alla salute, i nuovi collocati devono sottoporsi a una visita personale effettuata da personale medico specializzato.

² I collocati sono tenuti a sottoporsi a una perizia psichiatrica, se l'autorità di collocamento e d'esecuzione lo ritiene necessario per la pianificazione dell'esecuzione.

³ I collocati devono rispettare le prescrizioni concernenti l'esecuzione e devono dare seguito alle disposizioni della direzione e del personale dell'istituzione d'esecuzione, nonché della competente autorità di collocamento e d'esecuzione. Essi si astengono da qualsiasi azione che comprometta lo svolgimento ordinato dell'esecuzione, il raggiungimento degli obiettivi dell'esecuzione, nonché il mantenimento della sicurezza e dell'ordine.

2. COLLOCAMENTO, TRASFERIMENTO E INTERRUZIONE

Art. 16

Principio

Non vi è alcun diritto al collocamento in un determinato penitenziario.

Art. 17

Idoneità alla
detenzione

¹ In caso di inidoneità alla detenzione l'esecuzione viene sospesa.

² In merito all'idoneità decide l'autorità d'esecuzione. L'inidoneità alla detenzione può essere attestata soltanto tramite un certificato medico. Se

questo manca rispettivamente se sussistono dubbi sull'idoneità alla detenzione, essa sarà verificata dal medico o dallo psichiatra dell'istituzione d'esecuzione.

³ L'autorità esecutiva può in ogni caso disporre una visita speciale. La stessa competenza spetta alla procura pubblica per quanto riguarda le persone in carcere preventivo.

⁴ All'autorità esecutiva spetta la competenza di disporre misure provvisorie necessarie per motivi di sicurezza pubblica. In caso di necessità, essa informa la competente autorità tutoria. Entrambe decidono di comune accordo le misure necessarie.

Art. 18

¹ L'autorità esecutiva può trasferire i collocati in un'altra istituzione d'esecuzione per la continuazione dell'esecuzione se Trasferimento

- a) il loro stato, il loro comportamento o la sicurezza lo rendono necessario;
- b) lo richiede il loro trattamento;
- c) in questo modo migliorano le loro possibilità di inserimento;
- d) vi sono problemi di occupazione.

² Il trasferimento in una clinica psichiatrica o in un ospedale può anche avvenire su ordine medico. La direzione dell'istituzione d'esecuzione è autorizzata a disporre il trasferimento in casi urgenti. L'autorità esecutiva viene informata senza indugio del trasferimento.

Art. 19

L'autorizzazione dell'interruzione della pena secondo l'articolo 92 CP può essere legata a condizioni sul comportamento, sull'occupazione, sul luogo di dimora, sull'obbligo di notifica, nonché alla disposizione di una sorveglianza o assistenza. Interruzione della pena

Art. 20

¹ Se una misura stazionaria deve essere annullata o modificata, il collocato sarà trasferito in un'istituzione d'esecuzione adatta fino a quando il tribunale non avrà deciso se e in che misura la pena sospesa vada ancora eseguita oppure se debba essere disposta un'altra misura. Misure di sicurezza

² Nei casi di cui all'art. 95 capoverso 5 CP, l'autorità esecutiva dispone il carcere di sicurezza, se vi è il serio pericolo che la persona scarcerata commetta reati contro la vita e l'integrità della persona. Il giudice competente per la carcerazione decide in merito alla durata della carcerazione di sicurezza entro 48 ore dalla disposizione.

3. SICUREZZA E ORDINE

Art. 21

Principio

¹ Il collocato è corresponsabile della convivenza ordinata all'interno del penitenziario.

² I dettagli vengono disciplinati nel regolamento interno e nelle rispettive istruzioni.

Art. 22

Misure di identificazione

¹ Per garantire l'esecuzione, quale misura di identificazione è permesso in particolare:

- a) scattare fotografie;
- b) effettuare misurazioni e determinare segni fisici particolari;
- c) rilevare impronte digitali;
- d) prelevare un campione di saliva o uno striscio della mucosa orale.

² Sono fatte salve le disposizioni della legge sui profili del DNA.

Art. 23

Controlli, perquisizioni

¹ La direzione dell'istituzione d'esecuzione può ordinare la perquisizione dei collocati, dei loro effetti personali e della loro cella, nonché disporre prove delle urine, prove dell'alito, prelievi di sangue, prelievi di un campione di capelli o il controllo esterno di aperture del corpo (esame corporale superficiale).

² I collocati sospettati di nascondere nel oppure sul loro corpo o in un'apertura del loro corpo degli oggetti non autorizzati possono essere perquisiti corporalmente (esame corporale intimo).

³ Gli esami corporali superficiali devono essere effettuati da persone dello stesso sesso.

⁴ Gli esami corporali intimi devono essere affidati a un medico.

Art. 24

Speciali misure di sicurezza

¹ La direzione dell'istituzione d'esecuzione può disporre speciali misure di sicurezza contro un collocato, se a causa del suo comportamento oppure per via del suo stato psichico sussiste un elevato pericolo di fuga, di minaccia contro se stesso o contro terzi o il pericolo di danneggiamenti.

² Le speciali misure di sicurezza consentono di:

- a) sottrargli o negargli determinati oggetti;
- b) osservarlo di giorno e/o di notte;
- c) isolarlo da altri detenuti;
- d) negare o limitare la permanenza all'aperto;
- e) collocarlo in un locale particolarmente sicuro e privo di oggetti pericolosi;
- f) ammanettarlo.

³ Le misure di cui al capoverso 1 lettere a, c ed e sono consentite anche se il pericolo di fuga o un notevole turbamento dell'ordine dell'istituzione d'esecuzione non possono essere evitati in altro modo.

⁴ È consentito ammanettare un collocato su ordine della direzione dell'istituzione d'esecuzione per farlo uscire, accompagnarlo o trasportarlo, anche se l'elevato pericolo di fuga sussiste per motivi diversi da quelli del capoverso 1.

⁵ Le speciali misure di sicurezza possono essere mantenute soltanto fino a quando il loro scopo lo richiede e tanto a lungo quanto necessario.

Art. 25

Se un collocato è fuggito oppure si trattiene fuori dell'istituzione d'esecuzione senza essere autorizzato, si ordina immediatamente che venga arrestato e ricondotto. L'autorità di collocamento deve esserne informata. Il personale dell'istituzione d'esecuzione può arrestarlo oppure ricondurlo nello stabilimento.

Arresti

4. COERCIZIONE DIRETTA

Art. 26

¹ L'applicazione della coercizione diretta è possibile nei confronti di collocati renitenti o violenti, al fine di evitare la loro fuga o per il loro nuovo arresto.

Principio

² Contro altre persone che si trovano illegalmente nell'area dell'istituzione d'esecuzione, che cercano di penetrarvi o di liberare dei collocati, l'applicazione della coercizione diretta è permessa se lo scopo prefissato non può essere raggiunto in alcun altro modo.

Art. 27

¹ Nel caso di uno sciopero della fame, la direzione dell'istituzione d'esecuzione può ordinare un'alimentazione forzata, che deve essere effettuata sotto direzione e partecipazione medica, qualora sussista un pericolo di vita o un grave pericolo per la persona interessata.

Alimentazione forzata

² Fintanto che è data una libera volontà della persona interessata, l'istituzione d'esecuzione non interviene.

Art. 28

¹ Le seguenti disposizioni relative alla medicazione forzata si applicano a collocati in un'istituzione d'esecuzione grigionese se:

Medicazione forzata
1. Campo d'applicazione, principio

- a) deve essere eseguita una sanzione penale, in particolare una misura ordinata dal giudice e se
- b) è conciliabile con lo scopo concreto della sanzione.

² Una medicazione forzata ai sensi della presente legge è una misura che può essere attuata anche senza l'autorizzazione della persona interessata con l'obiettivo di mantenere o migliorare il suo stato di salute, oppure di proteggere terzi.

³ I diritti e i doveri generali dei collocati si applicano anche in caso di ordine di medicazione forzata, per quanto di seguito non venga disciplinato nulla di diverso.

Art. 29

2. Presupposti

Le medicazioni forzate sono autorizzate soltanto se hanno fallito o non sono disponibili misure volontarie e se:

- a) il comportamento della persona interessata mette in serio pericolo la propria sicurezza o salute;
- b) deve essere evitato un pericolo imminente per l'integrità o la vita di terzi;
- c) deve essere rimosso un grave disturbo della convivenza in caso di forti anomalie sociali o di un notevole potenziale distruttivo della persona interessata.

Art. 30

3. Disposizioni generali

¹ Sull'ordine, lo svolgimento e la conclusione di una medicazione forzata decide esclusivamente la direzione dopo avere sentito il competente medico dell'istituzione d'esecuzione.

² Si devono adottare tutti i provvedimenti necessari per evitare una medicazione forzata. Alla persona interessata deve essere concessa libertà di decisione fino a quando ciò sia conciliabile con la sua sicurezza e la sicurezza pubblica.

³ Deve essere scelta in ogni caso la misura coercitiva più lieve. Essa può durare solo fino a quando sono dati i presupposti che la giustificano.

Art. 31

4. Informazione

¹ Qualora non esista un pericolo imminente, prima di una decisione a favore di una medicazione forzata la persona interessata deve essere informata sulla misura ordinata e sul diritto di ricorso. Su richiesta della persona interessata, vanno informati immediatamente nella forma adeguata i familiari o una persona vicina designata.

² La decisione deve essere comunicata immediatamente per iscritto con motivazione e indicazione dei rimedi giuridici, anche in caso di previa comunicazione orale.

³ L'istituzione d'esecuzione deve informare immediatamente l'autorità collocante, nonché il medico cantonale sull'ordine di medicazione forzata.

Art. 32

Contro l'ordine di medicazione forzata, la persona interessata dalla stessa, i familiari o la persona vicina possono presentare ricorso scritto all'Ufficio competente entro dieci giorni dalla comunicazione scritta. 5. Ricorso

5. SALUTE E ASSISTENZA

Art. 33

¹ Sono vietati il consumo e il possesso di alcol, medicinali non prescritti e di stupefacenti o sostanze dagli effetti simili, nonché il loro commercio. Medicamenti e generi voluttuari

² L'istituzione d'esecuzione provvede ai controlli necessari (quali analisi delle urine, del sangue, della saliva, dei capelli, striscio della mucosa orale, test del palloncino). In caso di risultato positivo le spese per il test sono a carico del collocato.

Art. 34

¹ Qualora le spese per trattamenti medici non siano coperte dalle spese di esecuzione, dalle casse malati o dalle assicurazioni, esse sono a carico del Cantone collocante. Spese di trattamento

² Le spese per la permanenza in ospedale o il trattamento in relazione a malattie o infortuni, che esistevano, rispettivamente sono stati subiti già prima del collocamento nell'istituzione d'esecuzione, devono essere assunte dalla persona collocata o dal Cantone collocante. Lo stesso vale, salvo in casi d'emergenza, per ferite o malattie causate intenzionalmente nell'istituzione d'esecuzione.

³ Prima di ogni trattamento non urgente, con l'ufficio collocante è necessario stabilire chi si assumerà le spese. Se la copertura delle spese non è garantita, il collocato deve lasciare un deposito.

⁴ Le spese per il trattamento di ferite o malattie che il collocato subisce durante la permanenza non autorizzata al di fuori dell'istituzione d'esecuzione devono essere assunte dal collocato stesso.

6. CONTATTI ALL'INTERNO DELLE ISTITUZIONI D'ESECUZIONE E CON L'ESTERNO

Art. 35

Se non sono stabilite norme diverse per motivi disciplinari o per altri motivi, i contatti verbali e per iscritto tra i collocati non vengono limitati. Contatto tra i collocati

Art. 36

Contatti con
l'esterno

In caso di indizi di abuso o in caso di abuso effettivo è possibile limitare o sorvegliare anche gli invii postali, le telefonate oppure le visite di avvocati, assistenti spirituali e medici.

7. REGIME DISCIPLINARE

Art. 37

Infrazioni
disciplinari

¹ Infrazioni contro la presente legge, l'ordinanza sull'esecuzione giudiziaria, il regolamento interno e altre regolamentazioni delle istituzioni d'esecuzione, nonché contravvenzioni contro il piano d'esecuzione sono punite quali infrazioni disciplinari.

² In casi di lieve entità è possibile rinunciare a sanzioni disciplinari, se l'infrazione disciplinare può essere liquidata in altro modo.

³ Sono considerate gravi infrazioni disciplinari:

- a) atti di violenza, minacce o un comportamento sconveniente grave nei confronti del personale, di altri detenuti o di terzi;
- b) evasione, fuga, tentativo di fuga e complicità nella fuga;
- c) rifiuto del lavoro e istigazione a rifiutare il lavoro, nonché mancato ritorno dall'attività esterna, dall'uscita o dal congedo;
- d) ritorno da un'attività esterna, dall'uscita o dal congedo in stato di ebbrietà o sotto l'effetto di droghe;
- e) grave danneggiamento intenzionale;
- f) introduzione, produzione, possesso e trasmissione a terzi di armi, nonché di oggetti simili ad armi o adatti all'uso quali armi pericolose;
- g) introduzione, possesso, produzione e consumo o commercio di droghe e alcol;
- h) introduzione, esportazione e consegna a terzi di oggetti, documenti e denaro contante, aggirando i controlli;
- i) contatti non consentiti con persone al di fuori dell'istituzione d'esecuzione;
- j) gravi disturbi dell'ordine e della sicurezza;
- k) delitti perseguibili solo su querela, per quanto si rinunci a una querela.

Art. 38

Sanzioni
disciplinari

¹ Sono consentite le seguenti sanzioni disciplinari:

- a) ammonimento;
- b) limitazione o revoca del diritto di disporre di mezzi finanziari fino a tre mesi;
- c) esclusione dalla partecipazione alle attività in comune e del tempo libero, manifestazioni e corsi fino a tre mesi, in caso di recidiva fino a sei mesi;

- d) limitazione o privazione di media scritti ed elettronici, nonché del possesso di apparecchi per la riproduzione audio e video fino a due mesi, in caso di recidiva fino a sei mesi;
- e) limitazione o revoca del diritto di visita e di corrispondenza fino a tre mesi;
- f) sospensione delle uscite e dei congedi fino a sei mesi;
- g) multa fino a 200 franchi;
- h) isolamento in cella o in camera fino a 14 giorni;
- i) arresto fino a 20 giorni.

² Si possono unire fra loro diverse sanzioni disciplinari. Non è permesso disporre contemporaneamente l'arresto e la multa, nonché l'isolamento in cella o in camera e l'arresto.

³ Le limitazioni o il blocco dei contatti con l'esterno, la revoca del diritto di visita, nonché la sospensione delle uscite e dei congedi possono essere disposti soltanto se l'infrazione disciplinare è legata all'esercizio di questi diritti. Sono in ogni caso fatti salvi i contatti con le autorità, i rappresentanti legali e gli assistenti spirituali.

⁴ L'arresto è consentito soltanto in caso di infrazioni disciplinari gravi o ripetute.

Art. 39

¹ Gli oggetti utilizzati per commettere infrazioni disciplinari vengono confiscati. Essi vengono messi tra gli effetti personali se può esserne accertata la proprietà.

Confisca e
sequestro

² Se ciò non è possibile o se gli oggetti sono adatti unicamente a un uso illegale, essi vengono venduti a favore di un fondo a sostegno di detenuti o ex detenuti oppure vengono distrutti, se la vendita non è possibile.

Art. 40

¹ In caso di esecuzione in regime aperto, di semiprigionia e di lavoro in esternato, le sanzioni disciplinari conformemente all'articolo 38 lettere c, d ed e possono essere comminate per al massimo un mese.

Restrizioni per
particolari tipi di
detenzione

² In caso di semiprigionia e di lavoro in esternato, la sospensione delle uscite o dei congedi può essere comminata per al massimo un mese.

³ Per la detenzione amministrativa in materia di diritto degli stranieri valgono le relative disposizioni della legislazione d'applicazione cantonale.

Art. 41

In caso di infrazioni disciplinari gravi o ripetute, insieme alla decisione disciplinare può essere disposto un trasferimento cautelativo fino alla decisione dell'autorità collocante, segnatamente:

Trasferimento
cautelativo

- a) dall'esecuzione in regime aperto all'esecuzione in regime chiuso;

- b) dalla semiprigionia o dal lavoro in esternato all'esecuzione in regime aperto o chiuso;
- c) dall'alloggio in esternato al lavoro in esternato o all'esecuzione in regime aperto o chiuso.

Art. 42

Competenza per
decisioni
disciplinari

¹ Le sanzioni disciplinari vengono disposte dalla direzione o dall'amministrazione dell'istituzione d'esecuzione.

² Se l'infrazione è indirizzata contro il direttore decide l'Ufficio competente.

³ Le sanzioni disciplinari devono di regola essere eseguite nell'istituzione d'esecuzione la cui direzione le ha disposte.

⁴ Le sanzioni disciplinari disposte a carico di un collocato di un'altra istituzione d'esecuzione o durante la detenzione preventiva vengono eseguite a seconda delle possibilità e su richiesta.

Art. 43

Diritto
applicabile

¹ Per valutare infrazioni disciplinari si applicano per analogia le disposizioni della parte generale del Codice penale.

² Per il resto trovano applicazione le direttive della Commissione della Svizzera orientale per l'esecuzione delle pene concernenti il diritto disciplinare negli stabilimenti concordati.

V. Comunicazione di dati personali

Art. 44

Servizi e
interessati

¹ Dopo il passaggio in giudicato della condanna di una persona, le autorità d'azione penale e i tribunali inviano, su richiesta, in forma cartacea o elettronica tutti gli atti necessari per l'esecuzione ai Servizi competenti per l'esecuzione della pena.

² I collaboratori attivi nell'esecuzione sono autorizzati, nel quadro delle loro attività di servizio, a prendere visione di tutti gli atti dell'istruttoria, del tribunale, d'esecuzione e di terapia esistenti su di una persona, se ciò è adeguato e necessario per l'adempimento concreto dei loro compiti.

³ Ogni persona ha diritto di prendere visione degli atti d'esecuzione che la riguardano. Gli atti d'esecuzione comprendono gli atti fondamentali della procedura istruttoria e giudiziaria, come pure le principali perizie e i principali rapporti, verbali e decisioni necessari per la procedura d'esecuzione. In caso di interessi pubblici preponderanti o interessi preponderanti di terzi la presa in visione degli atti o le informazioni possono essere differite, limitate o rifiutate.

Art. 45

¹ Su domanda scritta, il Servizio competente informa sull'esecuzione della pena e della misura di un condannato, sul suo congedo, trasferimento o liberazione le seguenti persone:

- a) le vittime di reati del condannato, se questi atti le condizionano notevolmente nella loro integrità fisica, sessuale o psichica;
- b) altre persone che, rispetto al condannato, possono dimostrare un interesse sovraordinato e tutelabile all'ottenimento dell'informazione.

² La Polizia cantonale viene informata in ogni caso riguardo a collocati per i quali esistono particolari problemi di sicurezza.

Terzi

VI. Rimedi giuridici

Art. 46

¹ In rapporti giuridici particolari può essere deciso oralmente. Gli interessati possono richiedere una decisione scritta.

Ricorso
1. Interno al
penitenziario

² Il collocato può presentare ricorso scritto entro dieci giorni al direttore o al responsabile della relativa istituzione d'esecuzione contro disposizioni e misure della direzione dell'esecuzione, nonché contro tutti gli ordini e il comportamento del personale del penitenziario.

³ Il ricorso non ha effetto sospensivo.

Art. 47

¹ Le decisioni e le disposizioni della direzione possono essere impugnate mediante ricorso amministrativo all'Ufficio, entro dieci giorni dalla comunicazione.

2. All'Ufficio e al
Dipartimento

² L'interessato o la procura pubblica possono impugnare per iscritto entro 30 giorni dinanzi al Dipartimento preposto le disposizioni e le decisioni su ricorso dell'Ufficio competente.

³ L'autorità di ricorso può attribuire effetto sospensivo al ricorso.

Art. 48

Le persone interessate e la procura pubblica possono interporre appello in materia penale al Tribunale cantonale contro le decisioni esecutive o le decisioni su ricorso del Dipartimento.

Appello

VII. Disposizioni finali

Art. 49

Con l'entrata in vigore della presente legge, gli atti normativi seguenti sono modificati come segue:

Modifica del
diritto previgente

1. Legge d'introduzione al codice civile svizzero del 12 giugno 1994 (LICC)

Art. 3 cpv. 1 n. 1

¹ Il Tribunale distrettuale, indipendentemente dal valore della causa, è competente segnatamente nei seguenti casi:

1. Art. 28, 28a, 28b tutela della personalità;

Art. 8 cpv. 2

² Il presidente del Tribunale distrettuale giudica le impugnazioni contro l'allontanamento immediato conformemente all'articolo 28b cpv. 4. La procedura si conforma per analogia agli articoli da 61 a 63 della presente legge.

Art. 15a

4. L'Amministrazione cantonale

¹ Per l'allontanamento immediato secondo l'articolo 28b capoverso 4 è competente la Polizia cantonale. La procedura si conforma alla legge sulla polizia.

² Il Governo può creare un ufficio di consulenza per le persone che esercitano violenza e designa il servizio competente.

2. Legge sulla giustizia penale (LGP) dell'8 giugno 1958

Art. da 181 a 192

Abrogati

Art. da 224 a 226

Abrogati

3. Legge sulla polizia del Cantone dei Grigioni (LPol) del 20 ottobre 2004

Art. 16

¹ La Polizia cantonale può decidere l'allontanamento immediato conformemente all'art. 28b capoverso 4 CC, per al massimo dieci giorni. La decisione va accompagnata da un'indicazione dei rimedi giuridici e:

- a) va consegnata in forma scritta alla persona allontanata e alla vittima, al più tardi dopo l'intervento;
- b) va trasmessa al presidente del Tribunale distrettuale e, nel caso entri-no in considerazione provvedimenti tutori, all'autorità tutoria, entro 24 ore;

c) va trasmessa all'ufficio di consulenza per le persone che esercitano violenza insieme all'eventuale ulteriore documentazione necessaria.

² L'impugnazione della decisione della Polizia cantonale durante l'allontanamento si conforma alla legge d'introduzione al Codice civile.

³ La Polizia cantonale informa:

- a) la vittima sugli ulteriori passi procedurali possibili;
- b) la vittima e la persona che esercita violenza in merito a offerte di consulenza.

⁴ L'Ufficio di consulenza prende immediatamente contatto con le persone che esercitano violenza, nei casi di allontanamento di persone secondo l'articolo 28b capoverso 4 CC. Se una persona non desidera una consulenza, i dati e la documentazione trasmessi dalla polizia vengono immediatamente distrutti dall'Ufficio di consulenza.

Art. 50

¹ Fino all'entrata in vigore del Codice di diritto processuale penale svizzero del 5 ottobre 2007, il presidente di circolo competente nel luogo decide la conversione di multe conformemente all'articolo 5 capoverso 3 della presente legge.

Diritto transitorio

² Fino all'entrata in vigore della nuova impostazione della perequazione finanziaria e della ripartizione dei compiti tra Cantone e comuni (NPC grigionese) le spese relative all'esecuzione di misure ai sensi dell'articolo 7 della presente legge vanno a carico del Comune nel quale gli interessati avevano l'ultimo domicilio o l'ultima dimora.

Art. 51

¹ Se disposizioni della legge sulla giustizia penale dell'8 giugno 1958 vengono modificate dalla nuova impostazione della perequazione finanziaria e della ripartizione dei compiti tra Cantone e comuni (NPC grigionese) e della presente legge e se la NPC grigionese entra in vigore contemporaneamente alla presente legge o dopo di essa, il testo di queste disposizioni si conforma all'articolo 49 numero 2 della presente legge.

Coordinamento
con la NPC
grigionese

Se la NPC grigionese viene respinta, le disposizioni seguenti ricevono questo testo:

- a) articolo 7 capoverso 1: Le spese dell'esecuzione delle pene detentive sono a carico del Cantone. I condannati in buone condizioni finanziarie devono essere obbligati nella sentenza a versare contributi alle spese d'esecuzione.
- b) articolo 7 capoverso 2: Le spese d'esecuzione di misure sono a carico del comune nel quale gli interessati avevano l'ultimo domicilio o l'ultima dimora, per quanto non siano terzi ad assumersi le spese. Nella sentenza, i condannati in buone condizioni finanziarie possono venire obbligati a partecipare alle spese d'esecuzione.

Art. 52

Referendum,
entrata in vigore

¹ La presente legge è soggetta a referendum facoltativo.

² Il Governo stabilisce la data dell'entrata in vigore.

In nome del Gran Consiglio

Il Presidente: *Christian Rathgeb*

Il Cancelliere: *Claudio Riesen*

Data di pubblicazione: 10 settembre 2009

Scadenza del termine di referendum: 9 dicembre 2009